

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzeamerländerverbandes „Dabvid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten ost-europäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Halt Schupp-Berlin

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

1. Oktoberheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. :. Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. Beiträge und Besprechungstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstraße 17; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 19

Inhalt: Dohrmann, Die grokrussischen Parteiverhältnisse. :. Kegler, Die wirtschaftliche Bedeutung des Kaukasus. :. Steinert, Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens. :. Böhler, Neue

Möglichkeiten im Osten oder Der Landweg nach Indien. :. Meller, Vom unbekannten Huzulenwölkchen. :. Mitteilungen auf Seite 224 und der 1. bis 4. Umschlagseite; Bücherbesprechungen auf der 4. Umschlagseite.

Mitteilungen.

Aus dem Leben der Balten. Unter den Ostseehäfen des im Osten befreiten und an Deutschland politisch neuangegliederten Gebietes nahm bis zum Ausbruch des Krieges Libau eine hervorragende Stelle ein. Wider Erwarten will uns jedoch zurzeit die wirtschaftspolitische Bedeutung dieses wichtigen Hafenplatzes bedroht erscheinen. Die Bedrohung Libau ist tatsächlich eine recht empfindliche. Die kürzlich abgeschlossenen deutsch-russischen Zusatzverträge zur Friedens-
akte von Litauisch-Brest sehen nämlich unter anderem die Organisation von drei Freihäfen im baltischen Gebiete vor, und man hat sich dabei auf Riga, Reval und Windau geeinigt. Die gewaltigen russischen Warenmengen, die, vor allem Rohstoffe, künftig aus dem Innern des Reiches nach Westen und Mitteleuropa gelangen sollen, und anderseits die unermesslichen Massen jener Waren, die das ehemalige Zarenreich nach dem vernichtenden Sturm von Krieg und Revolution zum Zwecke seines Neuaufbaues zu importieren haben wird, dürften ohne Frage die neuen Freihäfen Riga, Reval und Windau zu überaus bedeutenden Plätzen des Durchgangshandels im Osten machen. Es ist nämlich in den genannten Zusatzverträgen vorgesehen, daß dem russischen Durchgangshandel in diesen drei Häfen die weitestgehenden Privilegien und Vorrechte zugeschlagen sind, so daß es nicht anzunehmen ist, der russische Kaufmann werde seine Ware fortan noch über Plätze leiten, in denen er sich solcher Privilegien nicht erfreut; das heißt, daß Libau und mit ihm andere Häfen des baltischen Gebietes, denen der Freihafen-Charakter nicht zugeschlagen worden ist, aus dem Handel im großen Stile ausgeschaltet sind! Ganz abgesehen jedoch von diesem Freihafen-Problem spricht eine andere Maßnahme auf verkehrspolitischem Gebiet Libau als entwicklungsfähiger Handelsstadt der östlichen Halbkugel das Todesurteil; es handelt sich um das Problem der an dieser Stelle schon mehrfach berührten Eisenbahnspurweite in den baltischen Provinzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Lösung dieses Problems dahin entschieden worden ist, daß die baltischen Bahnen nördlich der Düna die russische Spur beibehalten, während die Bahnen südlich dieser Fluglinie, das heißt die kurländischen Strecken, sämtlich die deutsche Spur aufweisen sollen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die russischen Rohstoffmengen ohne vorherige Umladung aus Russland direkt in die baltischen Häfen nördlich der Düna rollen können, um in Riga und Reval unmittelbar in die Schiffe verfrachtet zu werden; es bedeutet das aber auch, daß die Häfen Kurlands, so Libau und Windau, gegen den Osten gewissermaßen abgesperrt werden; und es fragt sich nur, weshalb Windau überhaupt der Charakter eines Freihafens zugeschlagen worden ist, wenn es doch

über keine direkte Verbindung nach dem russischen Hinterlande verfügen soll. Wie dem auch sei — uns interessiert an dieser Stelle hauptsächlich Libau. An der Hand eines Rückblickes auf Libaus wirtschaftliche Blüte und an der Hand eines Ausblickes auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Platzes unter der Voraussetzung, daß er durch eine verfehlte Politik nicht völlig ins Hintertreffen gerät, möchten wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß es im Interesse des deutschen Handels, dem die Zukunft im Osten so gewaltige Aufgaben stellt und so ferne Ziele steht, eigentlich nicht geboten sein kann, Libau so völlig auf Rechnung Riga und Revals im Hintertreffen zu belassen. Denn unserer Meinung nach fragt es sich, ob es handelspolitisch richtig ist, das Freihafenrecht gewissermaßen zu monopolisieren und auf nur zwei Häfen in Anwendung zu bringen; ob es denkbar ist, daß Reval und Riga allein neben Petersburg und Archangelsk, fortan diesen beiden einzigen russischen Häfen den ganzen russischen Durchgangshandel bewältigen; und ob es endlich nicht auch, ganz abgesehen von Libau und Windau, eine schwere Bedrohung der deutschen Ostseehäfen von Memel bis zum Sund bedeutet, daß das russische Hinterland so ausschließlich zur Domäne Revals und Riga gemacht wird. Diese Fragen, die sich uns aufdrängen, hier zu beantworten und zu erörtern, ist nicht Zweck dieser Zeilen; aber, wie gesagt, sie stehen auf der Tagesordnung, und früher oder später wird man doch nicht umhin können, ihnen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Freilich müßten sie zur Debatte gestellt werden, ehe die Verhältnisse sich endgültig konsolidieren und unter das Werden und Entstehen im Osten die Geschichte ihren Strich macht.

Wie gesagt, unter den Häfen der Ostsee hat Libau bis zum Ausbruch des Krieges eine achtunggebietende Rolle gespielt. Die Großzügigkeit seiner Hafenanlage, die absolute Eisfreiheit des Hafens und die Sicherheit der Ein- und Ausfahrt zu jeder Zeit und bei jedem Wetter verbürgten Libau diese hervorragende Bedeutung. Libaus Handelsumsatz stand in Friedenszeiten demgemäß nur dem Umsatz von Petersburg und Riga nach, während er Ausfuhr und Einfuhr von Windau, aber auch von Reval, sehr bedeutend übertraf. Ja, im Getreideexport und Herringsexport hat Libau sogar Riga überflügelt, und das will gegenüber der Tatsache, daß Russland die Kornkammer europäischer Länder gewesen ist, etwas besagen. In Libau sah eben das weite russische Hinterland einen seiner vornehmsten Aus- und Einfuhrhäfen, und die Stadt, die nach der Besetzung durch die deutschen Truppen im Mai 1915 die Freude über die politische Befreiung von der russischen Fremdherrschaft, wie wir jetzt sehen, leider vergeblich mit der Hoffnung verband, unter

den Fittichen des deutschen Adlers zu neuer, noch üppigerer Blüte zu gelangen, hätte sich ohne Frage auch in Zukunft eine glänzende neue Position geschaffen, ohne damit doch in ungesehene Konkurrenz zu den Nachbarhäfen zu treten. Wie die Dinge eben liegen, erscheint uns Libau Zukunft freilich bereits hoffnungslos. Denn mag die Lösung, die beispielweise das Problem der Spurweite im oben angedeuteten Sinne erfahren hat, vielleicht auch nur ein Provisorium sein, so genügt doch dieses Provisorium von etwa einem Jahrzehnt — ein solches werden wir wohl zum mindesten anzunehmen haben —, um Libau in den entscheidenden ersten Entwicklungsjahren der neuen deutschen Periode tödlich zu treffen.

Bei einer Betrachtung der Libauer Hafenanlagen, die von den deutschen Erbauer vor drei Jahren nicht umsonst bewundert wurden, möchten wir davon ausgehen, drei einzelne Teile gesondert zu betrachten: den Hafenkanal mit dem Fischereihafen, den sogenannten Hinterhafen und den Vorhafen mit der geschützten Reede. Den Hafenkanal fassen granitene Kais in der Länge von 3568 Meter ein; davon sind mit 600 Meter aus Holz. Die Wassertiefe im Kanal beträgt von der Einfahrt bis zum letzten Anlegeplatz für größere Schiffe 6,16 Meter, während die Wasseroberfläche des Hafenkanals 26,33 Hektar umfasst. Granitene Kais in der Länge von 1548 Meter umgrenzen auch den tiefen Winterhafen. Der Vorhafen besitzt die beträchtliche Tiefe von fast 8 Meter. Was aber schließlich die ins Meer hinausgebauten Schutzausbauten anbelangt, so repräsentieren diese einen kolossalnen Wert. Sie bestehen aus etwa folgenden Bauten: der 2123 Meter langen Süd mole, dem südlichen Wellenbrecher, der Nordmole, der Teilungsmole (993 Meter lang), dem inneren Wellenbrecher, der Schuhmole und der Schuhwand im Vorhafen. Alles in allem handelt es sich um Bauten in der Länge von zusammen fast 5000 Meter. Das Hafenteritorium Libaus ist modern und zweckmäßig ausgebaut. Allein die beiden Elevatoren fassen nötigenfalls 140 000 Tonnen Getreide und andere Waren, die Schuppen des ausgedehnten Güterbahnhofes nehmen ihrerseits weitere 15 000 Tonnen auf, und ein schwimmender Kran von 30 Tonnen Hebeleistung, ein Dampfkrat von 25 Tonnen und ein Handkran von 10 Tonnen vervollständigen das Bild. Es kommt hinzu, daß Libau zu Beginn des Krieges nicht völlig ausgebaut war. Jedenfalls bestand ein großzügiges Projekt, die Hafenanlagen bedeutend zu erweitern. Ja, zum Teil waren die Arbeiten bereits in Angriff genommen, als auf einem deutschen Kreuzer vor Libau am 1. August 1914 jener erste scharfe Kanonenbeschuß gelöst wurde, der für die Stadt eine so überaus schwere Zeit einleitete. Der russische Staat hatte zu Bauzwecken im Jahre 1912 die bedeutende Summe von 9 Millionen Rfl. bewilligt; in der Hauptzache sollte die Wassertiefe im Hafen durchweg auf 10 Meter gebracht und unter dem Schutze einer neuen Mole von 200 Meter Länge ein neues Bassin geschaffen werden. Den Verhältnissen entsprechend ist der Schiffsverkehr Libaus in den letzten Jahren ein überaus reger gewesen: im Jahre 1915 beispielweise legten 1738 Schiffe mit 1070589 Registertonnen in Libau an. Durch regelmäßige Tourendampfer hatte der Libauer Hafen mit folgenden Plätzen Verbindung: Petersburg, Reval, Riga, Windau, Stettin, Lübeck, Hamburg, Kopenhagen, Antwerpen, Rotterdam, Hull, London, Liverpool, Manchester, Newcastle, New-York und Halifax. Mit 534 Schiffen und 342951 Registertonnen nahm im Libauer Schiffsverkehr die russische Flagge die erste Stelle ein; dann folgten Deutschland mit 325 Schiffen, Dänemark mit 323, Schweden mit 238, Norwegen mit 140 und unter anderen Großbritannien mit nur 84 Schiffen. Es dürfte durchaus nicht allgemein bekannt sein, daß Libau, die großen Häfen im Süden des Reiches, so Odessa, mit eingeschlossen, der einzige Hafen Russlands war, welcher direkte Verbindung mit amerikanischen Häfen unterhielt; diesem Verkehr, der hauptsächlich von Auswanderern in Anspruch genommen wurde, dienten die größten Schiffe der russischen Handelsmarine, die 16 000 Tonnen große „Rossija“ und die „Kurst“ mit 12 000 Tonnen Wasserdrängung. In der Folge war Libau auch der größte russische Auswandererhafen, durch den im Jahre 1915 über 70 000 Emigranten gegangen sind. Den Auswanderern standen drei moderne Emigrantenhäuser zur Verfügung, von denen jedes mehr als 1000 Personen zu jeder Zeit aufzunehmen imstande war.

Unter Verkehrsschwierigkeiten hat Libau übrigens schon vor dem Kriege zu leiden gehabt, und den Entwicklungsmöglichkeiten seines Hafens spricht es ein glänzendes Urteil, daß der Platz trotzdem zu so üppiger Blüte gedieh. Man staunt nämlich, wenn man erfährt, daß Libau mit seinem russischen Hinterlande nur durch eine einzige, freilich 1000 Kilometer lange, dafür aber ganz im Sinne russischer Verkehrsröte nur eingleisige Eisenbahn verbunden gewesen ist, denn die schmalspurige Bahn, die von Libau nach dem nur 40 Kilometer nordöstlich liegenden Städtchen Hasenpot führt, wäre kaum im Ernstfalle mitzuzählen. Trotzdem brachte es Libau in den fünfzigsten Jahren, wie gesagt, doch auf eine ansehnliche Waggonzahl von 85 268 Stück mit einem Quantum von 57 017 846 Pud auf der großen Bahn und 6857 Waggons mit 2945 624 Pud auf der schmalspurigen, damit in der Tat vorzüglich qualifizierten Hasenpoter Strecke. Freilich war durch die Stadt und durch das Börsenkomitee in weitgehendem Maße dafür Sorge getragen worden, daß bei diesem starken Warenandrang Warenstauungen vermieden werden könnten; denn die Speicher- und Schuppenanlagen Libaus ermöglichen die Aufnahme von 8 Millionen Pud Waren, in der Hauptzache Getreide.

Damit ist Libau als Getreideexporthafen gekennzeichnet. Exportierte Libau im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 jährlich etwa 42 710 830 Pud im Gesamtwerte von 56 771 523 Rubeln, so entfallen auf diese Zahlen und Werte in der Hauptzache Getreidemassen. Die Hauptziffer in den Libauer Exporttabellen gilt seit Jahren dem Hafer, in zweiter Linie folgt Kleie, in Betracht kommen schließlich noch Felle

und Häute, gesalzenes Fleisch und Eier. Es ist nicht uninteressant, daß im Jahre 1913 allein 379 063 Pud gesalzenes Fleisch exportiert wurden, im selben Jahre 646 050 Pud unbearbeitete Felle und Häute und beträchtliche Millionen Eier.

Als Importhafen kennzeichnen Steinkohlen und Heringe Libau; aber auch Rohstoffe und Halbfabrikate, Nahrungs- und Genussmittel, Manufaktur- und Industriewaren und lebende Tiere wären als Importwerte zu verzeichnen. Der Gesamtimport betrug durchschnittlich 29 668 455 Pud im Werte von 28 820 421 Rubeln, wobei auf Großbritannien 60,2 Prozent, auf Deutschland nur 17,97 Prozent des Gesamtwertes und der Gesamtmenge entfallen. England hat also über Libau weit mehr Waren nach Russland eingeführt, als man an der Hand der Daten über den Libauer Schiffsverkehr annehmen könnte. Wir werden daher den unerfreulichen Schluß zu ziehen haben, daß vielfach deutsche Tonnage den britisch-russischen Handel begleitet hat.

H. Dohrmann.

Großrussland. In ziemlich gehässiger Weise hat die Ententepresse sich darüber verbreitet, wie unduldsam, ja feindselig sich die Moskauer Räte regierung angeblich zu den kirchlichen Fragen und religiösen Einrichtungen in Russland verhält. Besonders der „Matin“ wußte kürzlich zu berichten, daß die Regierung Leningrads eine vollkommenen Umwälzung der russischen religiösen Bräuche beabsichtige. Es blieb nicht aus, daß die sensationslüsterne französische Tagespresse sich sogar darüber verbreitete, von Seiten der Moskauer Kommunistischen Regierung werde die Einführung einer „ganz neuen Religion“ geplant. Alle diese Nachrichten sind natürlich von Anfang bis zu Ende ebenso erdacht und erfunden, wie die aus Ententekreisen stammende Mitteilung, es sei in Russland beabsichtigt, das rechtgläubige und protestantische Glaubensbekenntnis direkt zu verbieten. Es wird daher wohl am Platze sein, an der Hand einer ausführlichen Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur das wahre Verhältnis der russischen kommunistischen Regierung zu Religions- und Kirchenfragen darzulegen. Es stellt sich heraus, daß vor allem die Zuweisung von Mitteln zum Unterhalt von Kirchen und Kapellen und zur Ausübung von kirchlichen Bräuchen offiziell eingestellt worden sind. Vom 1. März ab hat die Regierung bereits die Auszahlung von festen Gehältern an Geistliche und Religionslehrer eingestellt. Die Regierung stellt sich also auf den Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche, was ihr von ihrem radikalen Standpunkt aus nicht zu verdenken ist; die maximalistische Staatsgewalt hat ja schon in ganz anderem Maße mit den Überlieferungen, Bräuchen und Gesetzen alter Staatslichkeit gebrochen: man denke an die Aufhebung des Besitzes, an die Nationalisierung aller Vermögen und an die gewaltsame Entziehung sämtlicher bürgerlicher Kreise. Trotzdem ist jedoch die Moskauer Regierung willens, den durch die Trennung von Staat und Kirche arbeitslos gewordenen und der Armut preisgegebenen Personen zu Hilfe zu kommen. Jene von ihnen, so heißt es in einem Regierungsdecreto, die zum Wohle des Vaterlandes und des Volkes zu arbeiten wünschen, wird das Kommissariat für staatliche Unterstützungen feststellen und ihnen Arbeit zuteilen. Was jedoch Gottesdienste anbelangt, so ist es jedem Bürger der proletarischen russischen Republik anheim gegeben, in dieser Hinsicht nach eigenem Wissen und Wollen zu handeln. Die kirchlichen Bräuche dürfen auf den gemeinsamen Wunsch einer größeren oder geringeren Anzahl von Gläubigen hin ihre Fortsetzung finden, freilich unter der Bedingung und mit der Verpflichtung, daß die Kosten für den Unterhalt und die Reparaturen der kirchlichen Gebäude und des kirchlichen Inventars ebenso von den Gläubigen selbst getragen werden, wie die Ausgaben der Honorierung für die Geistlichen und Angestellten. Das alles gilt für die christlichen Konfessionen, die in Russland vertreten sind. Für die jüdischen nationalen und religiösen Angelegenheiten aber ist, ähnlich wie für die Mohammedaner und übrigen nichtchristlichen Glaubensbekenntnisse, beim republikanischen „Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten“ ein besonderes, vorläufig provisorisches Kommissariat gegründet worden. Der Kommissar dieser neuen Regierungsinstitution ist entsprechend selbst Hebräer, Herr Simon Markowitsch Diamantstein; sein Gehilfe ist der ebenso ehrenwerte Herr Ilja Grigorjewitsch Dolkowski.

Am 25. Januar 1918 hat die Moskauer Räte regierung in kirchlichen Angelegenheiten ein grundlegendes Dekret erlassen, auf das sich zurzeit die Kirchenpolitischen Zustände Russlands gründen. Unter anderem sieht dieses Dekret vor: erstens, daß die Kirche vom Staate getrennt wird; zweitens, daß es unter Strafandrohungen verboten ist, örtliche Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, die die Gewissensfreiheit einengen oder beschränken, oder daß im Gegenteil Vergünstigungen und Privilegien auf Grund der Zugehörigkeit der Bürger zu einer bestimmten Konfession erteilt werden; drittens, daß sich jeder Bürger zu einer beliebigen Religion bekennen darf, oder auch zu gar keiner. Aus allen Akten und Personaldokumenten wird der Hinweis auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Bürger und Genossen zu einer bestimmten Religion oder Religionsgemeinschaft entfernt; jeder Rechtsverlust, der im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu irgendeinem Glauben oder mit der Nichtzugehörigkeit zu einem solchen stand, wird selbstverständlich im neuen Russland kurz und bündig aufgehoben. Der vierte Punkt des Kirchendekretes sieht vor, daß keine staatlichen und gesetzlich öffentlichen Veranstaltungen fortan mehr von religiösen Bräuchen, Gottesdiensten oder Zeremonien begleitet werden; Kirche und Staat haben eben nichts mehr miteinander gemein, und die Religion ist Privatangelegenheit jedes einzelnen. Punkt fünf handelt in der Hauptzache vom Verhältnis der Kirche zur Schule; die freie Ausübung religiöser Bräuche wird soweit gestattet, als sie die öffentliche Ordnung und Ruhe nicht stört und die Rechte oder Bequemlichkeiten der Bürger der proletarischen

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlanderverbandes „Dubvid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Halt Schupp-Berlin.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstr. 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

I. Oktoberheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich 2 mal. Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstr. 17; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 19

Die großrussischen Parteiverhältnisse.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Charlottenburg.

Unter den Einwirkungen des politischen Erdbebens, das in Russland Bild und Rahmen des öffentlichen Lebens so völlig verschoben hat, sind auch die russischen Parteiverhältnisse von Grund auf andere geworden, und es dürfte hente selbst dem erklärten Kenner osteuropäischer Politik äußerst schwer fallen, sich in dem wirren Durcheinander russischer Parteien und Gruppen, „Richtungen“ und „Orientierungen“ zurechtzufinden. Erst der Krieg, im Grunde wohl erst die Anfänge der Umwälzung im März 1917, haben die breitere deutsche Öffentlichkeit mit den Grundzügen russischer Parteiverhältnisse bekannt gemacht; das liegt weniger an dem einst tatsächlich so mangelhaften Interesse für die politischen Zustände in Osteuropa, als an der Tatsache, daß die russische Parteipolitik sich bewußt und im Rahmen der großen Öffentlichkeit eigentlich erst seit Eröffnung des ersten Parlamentes vor mindestens zwölf Jahren betätigen kann. Bezeichnend in diesem Sinne sind die Benennungen der russischen Parteien, die vielfach aus der Zeit der ersten „konstitutionellen Revolution“ datieren und mehr oder weniger zum Ausdruck bringen, welche Forderungen diese Parteien damals im Kampfe um die ersten Anfänge der Freiheit vertraten. Hatten sich Namen und Benennungen demgemäß im Rollen der fortschreitenden Zeit schon vor dem Kriege und vor der „großen“ Revolution naturgemäß vielfach überlebt, so sind heute Bezeichnungen wie Oktobrismus und Kadettentum fast schon Anachronismen; denn jene Kreise, die sich heute noch so nennen, dürfen sich gegenwärtig nicht nur zu ganz anderen Anschauungen bekennen, als vor einem Jahrzehnt etwa die damaligen Kadetten, sondern manche parteipolitische Forderung mag gegenüber dem Einst gar ins Gegenteil umgeschlagen sein. Im Hinblick auf die beispiellose Umwälzung, diese klassische Umwertung aller Werte, die in Russland vor sich gegangen ist, erscheint das freilich nur natürlich. In der Tat gilt die vorrevolutionäre Parteiterminologie im neuen Russland nicht mehr; und was wir heute, alter Gewohnheit gemäß, noch immer ein wenig gedankenlos als Oktobristen, Kadetten,

Arbeiterbündler oder Bauern im frommen Glauben bezeichnen, daß damit die alte Charakteristik noch auf die neuen Gruppierungen und Programme zutrifft, hat mit den Parteien, wie sie vor dem 17. März 1917 aussahen, nichts mehr gemein.

Politische Anschauungen lassen sich schwer klassifizieren, und es gilt das vom Versuch einer Klassifizierung der neuen russischen Parteien in erhöhtem Maße. Einer größeren Übersichtlichkeit zuliebe wird es sich dennoch nicht umgehen lassen, im Nachstehenden eine gewisse Gliederung vorzunehmen und einzelne Parteien dahin zu einer Gruppe zusammenzufassen, daß sie sich ablehnend oder bejahend zu den Grundzügen dieser oder jener Staats- und Lebensform bekennen. Im Bezug auf die, wir möchten sagen, radikale russische Gegenwart werden wir dabei im Kluge zu behalten haben, daß die russischen Anschauungen zurzeit um den Gegensatz der Begriffe von Ordnung und Anarchie, von Besitz und Kommunismus, von Wirklichkeit und Utopie, von Massenherrschaft und persönlicher Freiheit ringen. Die uns näherliegenden Unterschiede etwa zwischen Monarchie und Republik stellen im heutigen Russland mit seiner politischen Überstürzung nach Jahrhunderten lethargischen Schlafes Konsequenzen erst sekundärer Art dar und bedeuten Forderungen, die die Parteigruppen erst wieder spalten werden, wenn diese oder die andere politische Weltanschauung sich endgültig durchgesetzt haben wird.

Von diesen naheliegenden Voraussetzungen ausgehend, wird also das Wirksal vielfach in sich gespaltener russischer Parteien und Parteisplitter in drei Hauptgruppen zu gliedern sein. Dem als Partei immer mehr vereinsamenden kommunistischen Maximalismus, der mit dem linken radikalen Flügel der ehemaligen bauernbündlerischen und stadtproletarischen Sozialrevolutionäre eine Gruppe bilden dürfte, stehen in erbitterter, jedoch keineswegs geschlossener und einiger Feindschaft die beiden anderen Gruppen gegenüber: die umzählig, zum größten Teil erst während der Revolution entstandenen proletarischen und baurischen Organisationen,

die wir gemeinlich als rechte Sozialrevolutionäre zu bezeichnen pflegen und die in Mitteleuropa seit den Nordanschlägen auf den Grafen Mirbach, Feldmarschall von Eichhorn und Lenin am besten als Terroristen gekennzeichnet sind, obgleich der Terror nur Kampfmittel, nicht politischer Endzweck dieser Gruppe ist, und als dritte Gruppe die geschlossene Phalanx aller übrigen russischen Parteien und parteipolitischen Organisationen, deren linker Flügel die gemäßigten Sozialisten, die sogenannten Minimalisten, sind und deren am weitesten rechtsstehende Kreise die Auferstehung des Selbstherrschers aller Reussen im Sinne des wiederhergestellten Absolutismus fordern. Die beiden letzten genannten Gruppen bekämpfen im Maximalismus die zur Staatsgewalt gewordene Willkür und Gewaltherrschaft usurpatorischen Proletariates und usurpatorischer Bauernschaft und sehen im maximalistischen Regime die zur Doktrin und zum Gesetz erstarre Utopie. Die Sozialrevolutionäre, die wir als zweite Gruppe bezeichnet haben, sind im Rahmen der sich noch weiter entwickelnden revolutionären Umwälzung die eigentlichen Träger der Anarchie, daher werden sie von der maximalistischen Staatsgewalt einerseits und von den übrigen Parteien andererseits gleicherweise bekämpft. Ihr politisches Ziel ist kein positives staatenbildendes, sondern der Umsturz an sich, der bedingungslose revolutionäre Kampf gegen jegliche Staatsgewalt. Es ist daher anzunehmen, daß diese Gruppe die Revolution nicht überdauern und in kommenden Ordnungszeiten wieder zur Bedeutungslosigkeit einer terroristischen Kampforganisation zurückfallen wird. Zulauf und Bedeutung wird ihr heute nur zuteil, weil sie, ohne politische Ziele, nach dem süßen Gifte der Macht strebt. Die dritte Gruppe setzt sich zurzeit, wie schon erwähnt, aus der großen Gesamtheit aller übrigen russischen Parteien zusammen, die im Angesicht des russischen Zusammenbruches und der unermesslich bitteren Enttäuschungen der so völlig mißlungenen Freiheitsbewegung die positive Devise „Ordnung, Erneuerung und Wiedergeburt um jeden Preis und durch jedes Mittel!“ auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Der Maximalismus ist, seitdem er zur Herrschaft gelangte, vereinsamt, und seine Isoliertheit ist weniger glänzend, als bedroht. Nur der linke Flügel der Sozialrevolutionären, der sich zum Kommunismus eines Lenin bekennst, stützt die Maximalisten. Die Ziele, die sich diese Gruppe gestellt hat, sind bekannt: sie sind im Lichte der Wirklichkeit und nun, da sie erreicht werden können, seit dem Maximalismus die Macht zu Gebote steht, sehr wesentlich zusammengezurückgezogen. Zwischen Lehre und Anwendung klafft ein tiefer Abgrund. Der geträumte ideale Zukunftstaat hat sich als nicht verwirklichbar erwiesen: die Todesstrafe ist wieder eingeführt, unter dem Regiment Trotskis führt Russland nach wie vor Krieg, die Wehrpflicht ist wiederhergestellt, und die roten Gardes verkörpern einen neuen Militarismus. Von Brüderlichkeit, Freiheit und Einigkeit ist auch nicht viel zu spüren; an ihre Stelle ist die absolutistische Diktatur eigentlich nicht einmal des roten Proletariates, sondern einzelner Männer, meist dazu gewissenloser Emporkömmlinge, getreten. Höchstens 30 Prozent der russischen Bevölkerung bekennen sich heute noch zum Maximalismus, und dieser Anhang nimmt täglich ab; denn über der Notwendigkeit, sich gegenüber inneren und äußeren Feinden als Staatsgewalt zu behaupten, ist für absehbare Zeiten für die Maximalisten und ihren Anhang die Möglichkeit geschwunden, die feierlichen Versprechungen in Bezug auf eine tatsächliche Nationalisierung des gesamten Besitzes im Lande in die Tat umzusetzen. Es ist also gewissermaßen an die Stelle unhaltbarer Zustände während des absoluten zaristischen Regimes der unhaltbare Zustand der neuen Zeit getreten. Und hat im November 1917 das letzte Aufflammen allgemeiner organischer russischer Unzufriedenheit, wie sie durch die Jahrhunderte der Romanow-Herrschaft genährt worden war, dem Maximalismus, als dem letzten, äußersten Ausdruck dieser Unzufriedenheit, zum Siege verholfen, so wird die nun rasch wieder angeschwollene neue Verzweiflung ihn hin-

wegschwemmen. Als Partei, als Träger und Propheten eines staatspolitischen Programmes, haben die Maximalisten tatsächlich bankrott gemacht; sie stützen sich heute, innen- und außen-politisch zu ausgesprochenen Verrätern an ihrem eigenen Bekennen geworden, lediglich auf die unzulässige und von Tag zu Tag zusammenschrumpfende und degenerierende Gewalt der Bajonette verwahrloster roter Gardisten.

Und doch einte und eint noch heute die Maximalisten eine straffe Parteidisziplin und -Organisation, der fanatische Glaube an ein utopisches politisches Ideal, die Tradition einer durch Jahrzehnte mit ernster Wissenschaftlichkeit gepflegten Parteilehre und endlich die Anerkennung des Maximalismus als geschlossene, festumrissene Einheit durch die Masse des Volkes. All dieser Stützen und Halte sind die Sozialrevolutionäre und ihr buntscheckiger Anhang bar. Auch die Sozialrevolutionäre haben dennoch eine Geschichte und Vergangenheit. Ihr Parteiprogramm forderte vornehmlich die Aufteilung des Landbesitzes und die soziale Republik, beides im realpolitischen Rahmen der Möglichkeiten und einer schrittweisen Einführung. In diesem Sinne unterschieden sie sich von der maximalistischen Sozialdemokratie schon seit jeher durch eine mit den praktischen Verhältnissen rechnende Mäßigung. Auch trat bei ihnen das Moment des proletarischen Internationalismus nicht so kräftig wie bei den Maximalisten in den Vordergrund; es gelang Kerenski beispielsweise, die einst von ihm geführte Partei bald nach Ausbruch der Revolution für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen, und auch heute noch gebärden sich die Sozialrevolutionäre als Anhänger der Entente im Sinne unverhüllter Feindschaft gegen die deutschen Sieger. Über die Revolution hat die Partei völlig zerrüttet: Gewannen eines teils innerhalb der Organisation terroristische Elemente die Oberhand, so erhielt sie im Laufe der Revolutionsjahre anderseits einen gefährlichen massenhaften Zugang von wahllos Unzufriedenen, die die Partei demoralisierten und zum Tummelplatz ungezählter wirrer und unreifer politischer Bilderschürmer aus bürgerlichem, proletarischem und intellektuellem Lager machten. Heute stellt die sozialrevolutionäre Partei und das vielgegliederte Drum und Dran ihres Anhangs keine geschlossene Einheit mehr dar. Auch hat sie in letzter Zeit viel Aussichten eingebüßt, dereinst das Erbe der Maximalisten als Träger der Staatsgewalt zu übernehmen: mit der wachsenden Ernüchterung im Lande ist vielmehr der Einfluß und Anhang jener Gruppe gewachsen, die die Wiedereinführung der Ordnung anstrebt. Man ist überhaupt versucht, zu behaupten, chaotische Politik habe sich in den breiten Massen der russischen Bevölkerung wieder einmal überlebt; jedenfalls ist eine Reaktion deutlich zu spüren, und entsprechend sinken zurzeit die Aussichten der Sozialrevolutionäre und die Chancen der Maximalisten, sich zu behaupten.

Im Sinne einer solchen politischen Reaktion nach den Orgien einer stürmischen Evolution gewinnt die Gruppe der Ordnungsparteien oder doch die Gruppe jener Parteien, die gemeinsam oder gesondert den Ordnungsstaat anstreben, eine besondere Bedeutung. In jüngster Zeit scheinen sich diese Parteien tatsächlich einander genähert zu haben, nachdem vor Monaten schon jede gesondert versucht hatte, sich aus der Ohnmacht emporzuraffen. In den Städten besonders Südrusslands haben vielfach Besprechungen großrussischer Parteivertreter stattgefunden, die zu dem Zwecke anberaumt worden waren, sich im Bestreben zu einigen, die maximalistische Staatsgewalt zu unterwühlen und der sozialrevolutionären zerstreuenden Gefahr zu begegnen. In der Tat dürfte eine gewisse Übereinstimmung der Hauptziele und Hauptbestrebungen zwischen Kadetten Moskauer und Petersburger Richtung, Links- und Rechts-Oktobristen, Rechten und Monarchisten, Minimalisten und gemäßigten Arbeiter- und Bauernbündlern erreicht worden seien. In Ssamar, wo eine solche Besprechung stattgefunden hat, die besonders zahlreich besucht war, ist so etwas wie ein gemein-

samer Arbeitsplan der gegenrevolutionären Parteien und Gruppen festgelegt worden. Selbstverständlich steht im Vordergrund der Bestrebungen die innerrussische Wiedergeburt, die Wiederaufrichtung des russischen Staates. Man ist sich darüber klar geworden, daß der Zeitpunkt günstig ist und der Augenblick heranreifen muß, da die Massen, des Joches einer ausgearteten Freiheit müde, sich neuen Männern anvertrauen, die wenigstens den Willen haben, Ordnung zu schaffen, und deren Namen so etwas wie eine Erinnerung an glücklichere Zeiten bedeuten. Eine gemäßigte Koalitionsregierung ist daher in Aussicht genommen, und auf der ganzen Linie soll der militärische und politische Kampf gegen die ausgeartete Revolution mit neuer Erbitterung aufgenommen werden.

Wie es heute eine sekundäre Frage ist, ob auf den Trümmern des Reiches Peters des Großen eine Republik, eine konstitutionelle Monarchie oder ein absolutes Kaiserreich werden soll, so gehört auch das ferne Ziel der Wiedervereinigung dessen, was man Russland nach dem Frieden von Litausch-Brest nennen könnte, der Zukunft an. Freilich wird vermerkt werden dürfen, daß wohl kaum eine der großrussischen Parteien, die besonders in der Ukraine alle ihren großen Kreis von Anhängern haben, darauf verzichtet hat, die russischen Splitterstaaten unter der Herrschaft einer Moskauer, Petersburger oder Kiewer Zentralregierung wieder zu vereinigen. Bei den Beratungen und Besprechungen der russischen Ordnungsparteien sind Fragen äußerer Politik aber wohl erst in zweiter Ordnung behandelt worden. Trotzdem wird darauf hinzudeuten sein, daß, wenn auch der Beginn des Erwachens und der Neuorientierungen der russischen Ordnungsgruppe im Zeichen der Erkenntnis stand, daß es ein Gebot der Notwendigkeit sei, sich nicht nur mit dem Frieden von Litausch-Brest abzufinden, son-

dern sogar eine Anlehnung an das siegreiche Mitteleuropa zu suchen, durchaus zweckdienlich wäre, so neuerdings doch jene Flügel innerhalb der russischen Parteien wieder an Einfluß gewonnen haben, die Gegner eines deutsch-russischen Ausgleiches sind und höchstens gelten lassen, daß der Friedensvertrag des Jahres 1917 im Hinblick auf die Realität der Dinge notgedrungen anerkannt werden müsse. Diese Wandlung ist wohl eine Folge des Meinungsaustausches zwischen Vertretern der Entente und Vertretern der russischen Ordnungsparteien, der bedeutend lebhafter geworden sein soll, seit dem militärischen deutschen Prestige im Westen vorübergehend Abbruch geschehen ist, seit das Verhältnis zwischen der Entente und der Moskauer Regierung, die nahe Beziehungen zu Deutschland unterhält, sich so entscheidend zugespitzt hat und seit die Ereignisse in Bulgarien das militär-politische Bild Europas so jäh zu unseren Ungunsten verändert haben.

Wir meinen daher abschließend in Erwägung ziehen zu dürfen, ob es nicht eine natürliche Konsequenz der deutschen Ostpolitik wäre, hier rechtzeitig und weitsichtig nötige Schritte zu unternehmen. Die wesentlichste Voraussetzung solcher Schritte wäre freilich — und das wird nie genügend betont werden können —, daß keine Festlegung der deutschen Politik in Bezug auf Großrussland erfolgt oder erfolgt ist. Die großrussischen Parteiverhältnisse haben sich in jüngster Zeit offenbar in einem Sinne gestaltet, der das Kräfteverhältnis und die Aussichten nicht zugunsten der Regierung Lenins verschoben hat, das Provisorium einer sozialrevolutionären Regierung kaum erwarten läßt und auf die Möglichkeit einer gemäßigten Ordnungs- und Koalitionsregierung hindeutet, wenn überhaupt ein neuer Umsturz erfolgen soll.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kaukasus.

Von Otto Kehler-Friedenau.

I. Ziskaukasiens.

Ende Juli 1918 ist in Rostow a. Don die offizielle Veröffentlichung des zwischen den Regierungen des Don-Gebietes und des Astrachan-Gebietes geschlossenen Vertrages erfolgt. Beide Regierungen erkennen darin gegenseitig die volle Autonomie ihrer Gebiete an, verpflichten sich zur Unterstützung in der Frage weiterer Angleichung der wirtschaftlich und strategisch unbedingt notwendigen Landgebiete, erklären den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus auf ihrem Gebiete und im Nordkaukasus als Hauptaufgabe der Gegenwart und erstreben die gemeinsame Bildung eines neuen föderativen Staatswesens in Südrussland, in dessen Bestand als erste vollberechtigte Glieder das Dongebiet und Astrachangebiet eintreten.

Die weiteren Gebiete, welche im obigen Vertrage zur Bildung des neuen Staatswesens gemeint sind, sind die alten russischen Gouvernements Stawropol, das Kubangebiet und das Terekgebiet, die drei Gebiete Ziskaukasiens, die zu den Juwelen der Krone Russlands gehörten. Die Verschiedenartigkeit und die Fülle der Naturreichtümer des Kaukasus sind so groß, daß es unmöglich ist, in einem Aufsatz ein Bild von ihnen zu entwerfen. Von größter wirklicher staatlicher Wichtigkeit sind heute der Weizen und die Gerste Ziskaukasiens.

Die Überschüsse der Ernten Ziskaukasiens lassen die der Ukraine weit hinter sich zurück. Es wurden an Weizen und Gerste nach einem Aufsatz von W. Christianowitsch in der „Torgowo Promy schennaja Gaset“ im fünfjährigen Durchschnitt 1911/15 geerntet in Millionen Pud:

	Weizen Winter	Weizen Sommer	Gerste	Weizen und Gerste zus.
Europ. Russland (51 Gouv.)	233	585	462,66	1280,66
Kuban	75	42	57	174
Stawropol	46	22	32	100
Terek	14		0,8	23,4
Im ganzen übrigen Russland	80	250,2	75,39	405,59
Im ganzen Reich (72 Gouv.)	448	900	635,65	1983,65

Die drei Gebiete Ziskaukasiens erbrachten also 15 v. H. der gesamtrussischen Weizen- und Gerstenernte, 23 v. H. des Ertrages des europäischen Russland, wobei 13 v. H. des letzteren Betrages allein auf das Kubangebiet entfallen. Was Winterweizen anbelangt, so liefert Ziskaukasien 30 v. H. der gesamtrussischen Erzeugung.

Noch nachdrücklicher reden die Zahlen zugunsten des Kubangebietes und des Gouvernements Stawropol hinsichtlich der Weizen- und Gerstenüberschüsse (nach Abrechnung des Saatgutes und des Verbrauchs für Mensch und Vieh, nach den Berechnungen des Sonderrates für Lebensmittel 1916) auf den Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1915 errechnet:

	in Pud auf 1 Einwohner	
	Weizen	Gerste
Stawropol	32,04	13,10
Kubangebiet	16,54	10,21
vergleichen mit:		
Dongebiet	14,94	11,20
Neu-Russland	9,64	8,48
5 Gouv. des Wolgabietes	15,04	0,47

Nur das Gouvernement Taurien nimmt im Reiche eine ähnliche Stellung ein: es steht zwischen dem Gouvernement Stawropol und dem Kubangebiet, was Weizen- und Gerstenüberschüsse anbetrifft. Hinsichtlich des Weizens gebührt nur den Gouvernements Orenburg und Sa-

mara ein Platz zwischen den genannten zentralasiatischen Gebieten.

Der errechnete Überschuss in Zentralasien betrug im Jahre 1915 in Pud: Weizen 105 582 000, Gerste 54 577 000, das heißt beinahe 25 v. H. aller in 46 Gouvernements errechneten Überschüsse.

Noch bedeutsamer ist die Rolle Zentralasiens als Russlands Getreide- und Fettlieferant. Vor dem Kriege wurden in Russland 26,25 Millionen Pud Pflanzenöle erzeugt, davon 11 Millionen Pud Sonnenblumenöl.

Geerntet wurden Sonnenblumensamen (in Millionen Pud):

	1914	1915
Zentralasien . . .	21,5	15,6
Europ. Russland . .	27,6	29,6
Uebrige Teile Russlands	5,2	2,5
In Russland überhaupt	54,3	47,7

So lieferte Zentralasien von der Gesamternte Russlands an Sonnenblumensamen über ein Drittel, an Winterweizen über ein Drittel und an Gerste über ein Sechstel. Diese Ergebnisse werden bei einer selbst für russische Verhältnisse überextensiven Wirtschaftsmethode erzielt. Unmittelbar vor dem Pflügen mit einem zwei-, drei- oder vierzägigen deutschen Pflug (Bukker) wird die Saat auf dem harten Boden ausgestreut, wobei im Mittel des Jahres fünfzehn 1911—1915 auf der Dezzatine an Gerste 127, an Winterweizen 66 und an Sommerweizen 64 Pud erzielt wurden. Ein Saatgut werden dabei bei Weizen auf die Dezzatine 10 Pud verwendet, während 6 Pud bei weitem genügen würden. Der Selbstverbrauch, der im übrigen Russland zwischen 9 und 14 Pud Brotgetreide im Jahre schwankt, erreicht im Kubangebiet 25 Pud und im Gouvernement Stawropol sogar 26,51 Pud. Bemerkenswert ist, daß bis zum Kriege die Anbaufläche jährlich um Zehntausende Dezzatine zunahm. Anbaufähiger Boden ist genügend vorhanden. So waren z. B. von den über 15 000 Hektarwerst des Batalpaschimker Kreises des Kubangebietes um 126 000 Dezzatine unter dem Pflug. Der Bau der Bahnen nach Maikop und nach Tuapse zeigte denn auch, daß jede Station rasch zu einem Getreidestapelplatz und zu einem landwirtschaftlichen Mittelpunkt wird.

Das Terekgebiet weiß überhaupt wenig vom Körnerbau. Dort sind 40 v. H. der Anbaufläche mit Hirse und Mais bepflanzt, während Weizen nur 25 v. H. einnimmt, gegen 67 v. H. im Kubangebiet. Zentralasien bietet also noch auf lange Zeit, sowohl was Verbesserung der Wirtschaftsmethode, als auch die Ausdehnung der Anbaufläche betrifft, ein Feld ausgedehntester Betätigung. Die Hoffnung Großrusslands, Transkaukasiens und Turkestan's beruht auf Zentralasien. Armenien und das Vilajet Erzerum wurden 1917 aus Zentralasien versorgt. Demnach ist auch der Hafen von Noworossijsk von größter Bedeutung, denn er zieht nicht nur das Korn des nördlichen Kaukasus, sondern auch teilweise des Wolgabuckets über Taryzin an sich.

Auch die Tabakerzeugung in Zentralasien ist von hoher Bedeutung. Russland erzeugt 6 1/2 bis 7 1/2 Millionen Pud Tabak, der zum größten Teil den Kanasterarten zuzuzählen ist. Von der wertvollen Qualität des türkischen Tabaks produzierten im Jahre 1915:

	in Pud	in v. H.
das Kubangebiet . . .	1 554 000	57,6
der Kreis von Suchum .	500 000	21,2
der übrige Kaukasus .	263 000	11,2
das übrige russische Gebiet	237 000	10,0
Insgesamt	2 554 000	100,0

Davon wird nur ein geringer Teil im Lande selbst verarbeitet.

Deutschland kann die Getreideüberschüsse Zentralasiens erhalten, wenn es Fertigwaren zu liefern imstande ist. Der Kaukasus braucht zurzeit dringend Waren. Neben

landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten kämen in Frage: Glas, Kautschuk und Leder. Da aber diese drei Warenarten weder die Mittelmächte noch die Ukraine, wohl aber der Moskauer Bezirk liefern kann, so wird Zentralasien über kurz oder lang zur Wiedervereinigung mit Russland getrieben werden. Dennoch wird Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen in diesen Gebieten zu wahren wissen.

2. Transkaukasiens.

Politisch ist Transkaukasiens noch nicht geeinigt. Dieser Länderkomplex umfaßt augenblicklich drei Staatengebilde: Aserbeidschan, Georgien und das von Armeniern bewohnte Gebiet, schließlich die in türkischen Besitz wieder übergegangenen Vilajets Kars, Batum und Ardahan. Die erstgenannten drei Staaten beabsichtigen, sich in der Form einer Transkaukasischen Republik zu vereinigen und dadurch ihre innere staatliche Festigung und ihre Widerstandskraft nach außen zu erhöhen.

Der bei weitem am meisten national konsolidierte Staat Georgien ist von Anfang an bestrebt gewesen, nach dem Verschwinden der russischen Oberherrschaft sein nationales Leben neu aufzubauen und selbständig fortzuführen. In Georgien schlossen sich die verhältnismäßig neuen und wenig gefestigten Bildungen Armenien und Tatarien an, indem die Armenier den Versuch staatlicher Selbständigkeit unternahmen, und die Tatarren, die im östlichen Kaukasusgebiet bis gegen Batu hinauf das vorwiegende Bevölkerungselement bilden, sich zu dem Staate Aserbeidschan zusammenschlossen. (Es handelt sich hier nicht um die persische Provinz Aserbeidschan; diese gehört nach wie vor mit ihrer Hauptstadt Täbris zu Persien.) Die Grenze zwischen dem türkischen Kaukasusgebiet und dem neuen Staatengebilde wird in Konstantinopel durch eine Rektifizierung der alten türkisch-russischen Grenze festgesetzt; vor kurzem hat eine Abordnung von Kars, Batum und Ardahan dem Großwesir das Ergebnis der Volksabstimmung übermittelt, die mit 85 124 von 87 048 Stimmen, welche die gesamte Bevölkerung dieser Gebiete, vom 19. Lebensjahr angefangen, darstellen, die Rückkehr dieser drei Bezirke zum Mutterlande verlangt. In Georgien sind deutsche Truppen eingraten und herrscht dort musterhafte Ordnung. Die Republik Aserbeidschan umfaßt die Provinzen Batu-Jelisawetpol, einen Teil der Provinz Tiflis und Erivan. Den ersten wirtschaftlichen Vertrag schloß die Türkei mit der georgischen und aserbeidschanischen Regierung ab: den transkaukasischen Petroleumvertrag, nach welchem sich die Vertragschließenden verpflichten, die auf ihren Territorien befindlichen Petroleumröhren in Ordnung zu halten und die Petroleumleitung zwischen Batu und Batum unverändert zu lassen. Auch die Erhebung der Steuern wurde fixiert.

Ferner hat die Türkei bereits einen wichtigen Vertrag mit Aserbeidschan abgeschlossen, nach dem sich die Vertragschließenden verpflichten, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu fördern und ohne Hindernisse die Waren frei ausführen zu lassen. Der gegenseitige Austausch der wichtigen überschüssigen landwirtschaftlichen und industriellen Produkte hat bis 31. Dezember 1918 zu erfolgen. Die Menge und Art der Waren wird von beiderseitigen Kommissionen, die gleich nach dem Friedensschluß zu arbeiten anfangen, festgesetzt.

Dieser Friedensschluß kann auch uns Deutsche mit großer Gemüthung erfüllen, denn erstens erntet unser Bundesgenosse die erste greifbare Frucht aus seinem trennen Zusammenstehen mit den Mittelmächten, und zweitens haben auch wir alles Interesse an einer guten Nachbarschaft zwischen dem osmanischen Reiche und der kaukasischen Republik.

Dieses von der Natur mit Bodenschäden reich gesegnete Land besitzt eine hohe Bedeutung als Durchfuhrgebiet. Batum ist bereits durch einen Schienenstrang mit Baku, also das Schwarze mit dem Kaspischen Meer, verbunden, während sich ein Nebenflügel nach Persien abzweigt. Damit erschließen sich Persien und Zentralasien dem Wirtschaftsverkehr mit den Mittelmächten.

Kaukasien ist stark mit deutschen Kolonien durchsetzt, die ungefähr 34 000 Seelen zählen dürften, und dadurch ist den kaukasischen Völkern der mitteleuropäische Kulturfeld hinreichend bekannt.

Über Batum und Poti, die beiden Häfen am Schwarzen Meere, wird Kaukasien seine Waren uns über Konstanza und die Donau zuführen, und unsere Industrieartikel werden in umgekehrter Richtung auszuführen sein. Die Ausfuhr Batums betrug schon im Jahre 1907 38,7 Millionen Rubel, die Einfuhr 13,7 Millionen. Den größten Anteil an der ersten hatte die Naphtha- und Manganerz-industrie. Das Land besitzt bekanntlich unerschöpfliche Reichtümer an Naphtha, Manganerz und Mineralwässern; aber auch andere wichtige Grubenerzeugnisse, wie Silber-, Blei-, Kupfer-, Zink- und andere Erze, sowie ausgezeichnetes, zu Steinbauten geeignetes Material werden, allerdings noch in geringem Umfange, gewonnen. Auch die Glaubersalzlager, deren Wert dem Lande eine glänzende wirtschaftliche Zukunft verbürgt, werden wenig ausgebaut. Trotzdem und trotz der schlechten Verkehrsmittel sind die Industriezentren Baku und Tschiaturi von Weltruf.

Die Menge des im Kaukasus gewonnenen Naphtha belief sich nach amtlichen Angaben für den Zeitraum 1898 bis 1901 auf 600 000蒲d jährlich, das sind 52 v. H. der Weltproduktion, und übertraf somit bei weitem die Naphthagewinnung Amerikas. Neben Baku ist der Grossnyi-Bezirk der wichtigste Mittelpunkt dieser Industrie.

Die Manganerzgruben Transkaukasiens, besonders die von Tschiaturi im Gouvernement Kutais, erlangten in den letzten 15—20 Jahren große Bedeutung, denn ihre Erträge stellen ein Drittel der Weltproduktion dar. Statistiken des Jahres 1915 zufolge wurden im Jahre 1914 nur 2 v. H. der gesamten Mangangewinnung Tschiaturis auf den inneren russischen Markt gebracht, der Rest von 98 v. H. gelangte zur Ausfuhr ins Ausland. Die folgende statistische Übersicht veranschaulicht den auf die einzelnen Länder entfallenden Anteil der in der ersten Hälfte des Jahres 1914 ausgeführten Menge von Manganerz.

Deutschland . . .	18 199 000蒲d	Frankreich . . .	1 485 000蒲d
Belgien . . .	8 044 000	Gesterr.-Ungarn . . .	1 333 000
Großbritannien . . .	5 204 000	Andere Länder . . .	565 000
Vereinigte Staaten . . .	2 120 000		

Deutschland als Hauptverbraucher bezog demnach fast ebensoviel Manganerz wie alle anderen Länder zusammen.

Das tropische Klima des Kaukasus begünstigt außerordentlich die Vegetation des Landes. Die Wälder umfassen eine Fläche von 8 Millionen Hektar, wovon fast die Hälfte allein auf die Gouvernements des Schwarzen Meeres und auf Kutais fällt. Baumarten von großem Werte wie Nussbäume, Palmen, Buchen und die kaukasische Fichte haben schon lange die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise auf sich gelenkt, und bei regelrechter rationeller Forstwirtschaft werden sich der kaukasischen Holzausfuhr vielversprechende Aussichten eröffnen.

Auch an südlichen Fruchtbäumen ist das Land sehr reich und versorgt die Bevölkerung jährlich mit ertragreichen, dabei fast mühelos gewonnenen Ernten an Zitronen, Orangen, Aprikosen und Granatäpfeln. In Georgien ist besonders der Weinbau bevorzugt. Seine Weine, in erster Linie die Kachetinischen, werden seit langem in ganz Russland ungemein geschätzt.

Von anderen im Kaukasus gezogenen Pflanzen ist der Tee, der Tabak und die Baumwolle zu erwähnen, und obgleich der Anbau der beiden erstgenannten erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit betrieben wird, so ist doch bereits festgestellt worden, daß bei entsprechender Pflege vorzügliche Ergebnisse erzielt werden könnten. Die Teeanpflanzungen, deren Mittelpunkt Batum ist, umfassen schon jetzt eine Fläche von mehr als 27 000 Hektar, die 400 000 Zentner frische Teeblätter oder 100 000 Zentner trockenen Tees liefern.

Der Tabak tritt bereits mit den besten türkischen Sorten in Wettbewerb. Der Anbau von Baumwolle ist nicht nur für die örtliche, sondern für die ganze russische Baumwoll-industrie von größter Bedeutung. So wurden im Jahre 1915/16 den russischen Fabriken aus dem Kaukasus 1750 000蒲d Baumwolle geliefert.

Die Maulbeerbaumkultur, besonders in den Gebieten von Schuscha, Schemadra und in einigen Bezirken Kutais, ergibt einen Ertrag von jährlich 75 000 Zentner Seidenkokons.

Einer der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft ist die Viehzucht. Hörnvieh, Schafe, Ziegen, Milchprodukte und Wolle werden stark ausgeführt. Hinsichtlich der Ertragfähigkeit des Bodens sind Sachverständige der Meinung, daß sie unter Anwendung europäischer Düngungs- und Anbau-methoden um das 15- oder 20fache erhöht werden könne.

Alle diese natürlichen Bedingungen des Kaukasus müssen vom deutschen handelspolitischen Standpunkte aus geprüft werden, denn der Kaukasus ist berufen, im internationalen Handel eine bemerkenswerte Rolle zu spielen, und die Regierung der neuen kaukasischen Republik wird nicht verfehlten, energisch alle die Maßnahmen zu treffen, die eine Annäherung des Landes an die übrige Welt erleichtern.

Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens.

Von Dr. Hermann Steinert, Königsberg.

Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung des Ostens und Nutzbarmachung seiner wirtschaftlichen Hilfsmittel beschränken sich vorläufig hauptsächlich auf die uns nahe gelegenen Gebiete, auf die Ukraine und die früheren baltischen Provinzen, während man sich schon um Großrußland vorläufig noch recht wenig kümmert und gar das noch viel weiter entfernt gelegene Sibirien fast gar nicht beachtet wird. Gerade Sibirien verdient aber noch besondere Aufmerksamkeit, weil es noch im Anfang seiner Erschließung steht und ganz ungewöhnlich reiche Entwicklungsmöglichkeiten birgt. Schon heute kann man Westsibirien als ein reiches Land bezeichnen, das große Überschüsse hauptsächlich an Getreide und Butter abzugeben vermag, obgleich die Verkehrsverhältnisse dort sich noch in einem unzulänglichen Zustand befinden und

daher die Erzeugung noch längst nicht auch nur halb so entwickelt ist, wie es die Natur des Landes zulassen würde. Während das jetzige Großrußland sich mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einigermaßen selbst versorgen kann, hat Sibirien darin einen riesigen Überschuss, und da gerade landwirtschaftliche Erzeugnisse in den ersten Jahren nach dem Kriege auch für Mitteleuropa noch sehr dringend gebraucht werden, sollte man rechtzeitig darauf ausgehen, Handelsbeziehungen mit Sibirien wieder anzutunpüfen, sobald die Verkehrsverhältnisse und wirtschaftlichen Verhältnisse das zulassen.

Hauptsächlich kommt für die Aufnahme des Handels naturgemäß Westsibirien in Betracht, das klimatisch verhältnismäßig günstig dasteht und auch einigermaßen annehmbare Verkehrsverhältnisse deshalb aufweist, weil ihm

zwei große Wasserwege zur Verfügung stehen. Westsibirien, der reichste Teil von ganz Sibirien, umfaßt die Gouvernements Tobolsk, Tomsk und Jenisseisk nebst dem Gebiet von Akmolinsk und hat eine Bodenfläche von rund 5 Millionen Quadratkilometern bei einer Einwohnerzahl von höchstens 6 Millionen. Die Einwohnerzahl ist in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege kräftig gestiegen, weil nach dem russisch-japanischen Kriege zahlreiche Kolonisten aus Russland eingewandert sind, die sich hauptsächlich dem Ackerbau und der Viehzucht widmeten und daher zu der starken Vermehrung der Ausfuhr erheblich beitrugen. Die Hauptverkehrsadern des Gebietes bilden die Sibirische Bahn und die beiden Ströme Ob und Jenissei, und die meisten großen Städte liegen zugleich an diesen Flüssen und an der Bahn. Die wichtigsten Städte sind Tobolsk, Tomsk, Omsk, Jenisseisk, Krasnojarsk, Nowo-Nikolajewsk und Barnaul. Außer Erzeugnissen der Landwirtschaft liefert dieses Gebiet auch viele Mineralien. In einer neuen schwedischen Veröffentlichung werden folgende Waren als Ausfuhrgüter von Westsibirien genannt: Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zink, Eisengraphit, Salz, Steinkohle, Naphtha, Getreide, Butter, Käse, Früchte, z. B. Melonen und Wassermelonen, ferner Eier, Fische, Baumwolle, Häute, Selle, Flachs, Hanf, Kartoffeln, Reis. Die wichtigsten Ausfuhrgüter bildeten vor dem Kriege Getreide, Butter, Fische und Eier. Die Entwicklung der Ausfuhr aus dem gesamten asiatischen Russland nach dem europäischen Russland und dem Auslande zeigt die folgende Tabelle:

	Ausfuhr	vom 1. Januar bis 1913	1000 Pud	1. April 1915
Butter		613		136
Eier (1000 Stück)		385 447	56 561	
Sandzucker		57		5
Außerdem über das Zollamt in Baku		109		35
Raffinadezucker		34		55
Außerdem über das Zollamt in Baku		539		221
Holzstämme		7 695		—
Bekauenes Holz (darunter Balken, Streckbalken, Mauerlatten und dergleichen mehr)		1 380		—
Bretter (darunter Latten, Schwellen u. dgl. mehr)		11 032		—
Häute		776		—
Darunter bearbeitete Häute		2		—
Wolle aller Art		223		—
Naphtha, Leuchtöle (Petroleum und dergleichen mehr)		5 945		—
Außerdem über das Zollamt in Baku		439		408
Naphtha-Schmieröle		2 820		—

Baumwolle kommt für die gesamten Gouvernements von Westsibirien nicht in Frage, wohl aber lieferte dieses den größten Teil der Butterausfuhr und mindestens die Hälfte des Getreides, der Eier und des Obstes und ein Viertel der Fischausfuhr. Die Butterausfuhr aus den Gouvernements Tobolsk und Tomsk richtete sich zum größten Teil nicht nach Russland, sondern nach dem Auslande. Sie begann im Jahre 1894 mit etwa 7000 Kilo im Wert von 4000 Rubeln und betrug nach 10 Jahren bereits 33 Millionen Kilo im Wert von 25 Millionen Rubeln, um dann ununterbrochen noch weiter zu steigen. Im Jahre 1912 betrug sie bereits 73,7 Millionen Kilo im Wert von 68 Millionen Rubel, und die Qualität der sibirischen Butter hat sich von Jahr zu Jahr gebessert; dementsprechend ist auch der Preis gestiegen, der 1894 10 Rubel, 1912 aber etwa 15 Rubel für das Pud (16,38 Kilo) ausmachte. Die Entstehung der Butterausfuhr ist auf die Dänen zurückzuführen, die zu Anfang der neunziger Jahre die ersten Separatoren nach Sibirien einführten und damit die Herstellung haltbarer Butter für den Export ermöglichten. Die Dänen sandten Fachleute in das Land, welche die Bauern über die Vorteile der Separatoren und Buttermaschinen unterrichteten und damit einen schnellen Aufschwung der Buttererzeugung hervorriefen. Die Dänen

führten denn auch zuerst die sibirische Butter in größerem Umfang aus, und obgleich Dänemark selbst einen großen Überschuss an Butter erzeugt, war es ständig einer der Hauptabnehmer der sibirischen Butter, die von Dänemark dann weiter nach England, Frankreich und anderen Ländern versandt wurde. Den Dänen folgten englische, deutsche und niederländische Firmen im Butterhandel. Schließlich machten sich die sibirischen Bauern von den ausländischen Einkäufern frei mit Hilfe des Genossenschaftswesens, indem zu Anfang des neuen Jahrhunderts der Verband sibirischer Molkereigenossenschaften gegründet wurde. Kurz vor dem Kriege hatte dieser Verband eine Ausfuhr von beinahe einer Million Pud jährlich, womit die größte dänische Firma, die Sibirische Compagnie, überholt war. Die Hauptabnehmer von sibirischer Butter erhielten in den letzten Jahren vor dem Kriege folgende Mengen:

	1910			1911		
	1000 Pud	1000 Rubel		1000 Pud	1000 Rubel	1000 Pud
England . .	1648	23 336		1779	25 089	1893
Deutschland .	1018	14 415		1786	25 789	1506
Dänemark .	588	8 326		822	11 870	682
						9 780

Die Ausfuhr nach Deutschland wurde hauptsächlich durch dänische Firmen betrieben, doch hatte der Genossenschaftsverband auch schon eigene Verkaufsstellen in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. eingerichtet. Außer Europa nahmen auch die ostasiatischen Gebiete eine nennenswerte Buttermenge von den westsibirischen Gouvernements auf. Die Butter kommt zum Teil auf den Wasserwegen nach den großen Städten an der Sibirischen Bahn, und fast die ganze Ausfuhr geschieht westwärts mit Hilfe dieser Bahn. Ein Hauptausfuhrplatz für die Butter war Windau, daneben gingen auch erhebliche Mengen über St. Petersburg, Riga und Libau, während in Deutschland außer den ostdeutschen Hafenplätzen Lübeck ein bedeutendes Geschäft mit sibirischer Butter hatte. Neben der Butter begann in den letzten Jahren vor dem Kriege sich die Käseausfuhr kräftig zu entwickeln, die besonders aussichtsreich ist, da die Molkereien bei der Käsebereitung den Bauern bessere Preise zahlen können als bei der Butterbereitung, weil sie für den Käse nicht nur die Sahne, sondern auch die Milch verwenden können.

Der Getreideanbau in Sibirien war im Jahre 1914 sicherlich noch in einem Anfangsstadium begriffen. Wahrscheinlich wird sich Westsibirien zu einem der größten Ausfuhrländer für Getreide entwickeln, wenn seine Verkehrsmittel verbessert sind und die Kolonisation noch weiter fortgeschritten ist. Im Jahre 1910 war eine Bodenfläche von über 6 Millionen Hektar bebaut, die etwa 5 Mill. Tonnen Getreide lieferte, wovon vielleicht die Hälfte in Sibirien verbraucht wurde. Würden nicht so große Verkehrsschwierigkeiten bestehen, so wäre die Ausfuhr sicherlich schon bedeutend größer geworden. Infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse sind die Getreidepreise außerordentlich niedrig; die Bauern erhalten in guten Erntejahren für die Tonne nicht mehr als 12—15 Rubel. Bei einem höheren Preis könnte das sibirische Getreide in Europa nur schwer verkauft werden, weil sich die Beförderungskosten auf der sibirischen Bahn zu hoch stellen.

Aus der Beschaffenheit der Ausfuhrgüter läßt sich schon ohne weiteres entnehmen, daß für die Einfuhr in erster Linie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und so dann Molkereigerätschaften und Maschinen in Frage kommen. Sibirien ist eines der besten Absatzgebiete der Welt für Separatoren und Buttermaschinen. Diese Maschinen sind dort außerordentlich stark verbreitet und werden auch von den einfachsten Bauern gebraucht. Im Molkereigewerbe und in der Landwirtschaft waren auch schon vor dem Kriege Motoren sehr stark verbreitet, weshalb die Einfuhr davon einen großen Umfang angenommen hatte. Lieferanten für diese Motoren

waren hauptsächlich Schweden und Großbritannien. Doch fanden auch deutsche Motoren in nennenswertem Umfang Absatz. Die Briten rechnen auch jetzt besonders stark für ihre Motorenindustrie auf den sibirischen Markt, und erst recht hofft Schweden seine Ausfuhr an Motoren dorthin steigern zu können. Die schwedischen Motoren sind wegen ihrer einfachen Bauart und ihrer Billigkeit besonders beliebt. Da die Modernisierung der Landwirtschaft nach dem Kriege wahrscheinlich schnell forschreiten wird, so wird der Bedarf an Motoren zunehmen; außerdem wird man auch in größerem Umfange Motoren für die Schifffahrt brauchen. Ferner braucht der sibirische Markt in Zukunft verschiedene

und Geräte für 3,8 Millionen Rubel verkauft, von 1905 bis 1907 für 12,5 und von 1908 bis 1912 für 30 Millionen Rubel. Im Jahre 1913 allein hat der Umsatz durch Kolonisationslager 7 Millionen Rubel betragen. Im Jahre 1898 gab es 11 und 1913 schon 300 solche Lager. Außerdem nahm auch die Zahl der privaten Verkaufsorganisationen, hauptsächlich landwirtschaftlicher Genossenschaften, schnell zu, so daß von ihnen 1914 bereits gegen 700 Lager unterhalten wurden. Für die Ausfuhr des Getreides standen staatliche Speicher zur Verfügung, von denen 1907 schon 22 vorhanden waren, davon die meisten im Gebiet von Altmolinsk. Während des Krieges ist die Einfuhr aus

Nicht jeder hat 100,000 Mark,



zum Zeichnen von Kriegsanleihe.
Aber

**1000,
500,
300,
100**

Mark kann jeder zeichnen. Viele Millionen Mark ergeben diese hunderttausende kleiner Zeichnungen und beweisen den Feinden, daß auch bei der „Neunten“ das deutsche Volk geschlossen zu den Zeichnungsschaltern geeilt ist

Maschinen für Kupfer-, Eisen-, Zinn-, Blei- und Kohlegruben, Metall- und Holzveredlungsmaschinen, ferner Maschinen für die Spinnerei, die Baumwollfabrikation, die Salzgewinnung und möglicherweise auch für die Strohholzfabrication. Landwirtschaftliche Maschinen wurden in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege nach Sibirien jährlich für über 20 Millionen Rubel eingeführt. Schon 1910 waren dort 36 519 Stück Heumähmaschinen und 38 627 Stück Pferderechen in Gebrauch. Durch die russische Kolonisationsverwaltung waren Kolonisationslager eingerichtet, die den Bauern landwirtschaftliche Geräte und Maschinen lieferten und ihre Erzeugnisse aufkauften. Diese Kolonisationslager werden auch in Zukunft bei der Maschinen-einfuhr eine wichtige Rolle spielen. Von 1898 an hatten sie in den ersten fünf Jahren landwirtschaftliche Maschinen

Amerika erheblich gestiegen, und zwar kamen von dort vornehmlich Sägemäitter, landwirtschaftliche Maschinen, Nähmaschinen, Kraftwagen und Motoren.

Der einzige Verkehrsweg, der vor dem Kriege für den Handel mit Europa zur Verfügung stand, war die sibirische Bahn, die von Krasnojarsk bis St. Petersburg 4590 Kilometer lang ist. Da mit der Erledigung dieser Bahnstrecke die Ausfuhrgüter noch nicht an ihrem Ziele sind, sondern erst in Schiffe umgeladen und nachher am Bestimmungsort womöglich auf die Bahn geladen werden müssen, so stellt sich die Beförderung außerordentlich hoch. Allein die Bahnkosten von Krasnojarsk bis St. Petersburg betragen vor dem Kriege für 1 Pud Getreide 50 Kopeken, was über 30 Rubel für die Tonne ausmacht. Gegenwärtig sind natürlich die Beförderungskosten noch sehr viel höher, und die Beförde-

rung wird auch nach dem Kriege auf der sibirischen Bahn sehr teuer sein, so daß die sibirischen Erzeugnisse sehr schwer wieder auf dem europäischen Markt Fuß fassen könnten, wenn nicht die große Knappheit die Kosten zunächst in den Hintergrund treten lassen würde.

Es ergeben sich aber nun ganz neue Aussichten für den Handel mit Sibirien unter Berücksichtigung der Wasserwege. Zunächst müssen in Westsibirien selbst die Wasserwege weit mehr als bisher für den Verkehr benutzt werden, und außerdem steht auch der direkte Seeweg durch das Eismeer zur Verfügung. Unter Benutzung dieses Seeweges werden sich die Beförderungskosten von den Hauptstädten Westsibiriens nach Deutschland wahrscheinlich, wenn erst die Schiffsfrachten etwas von ihrer jetzigen riesigen Höhe heruntergegangen sind, nur halb so hoch stellen, als die Frachtkosten mit der Eisenbahn. Unmittelbar nach dem Kriege kommt aber auch schon die sofortige Eröffnung eines Seeverkehrs mit Sibirien in Frage, weil die Eisenbahn infolge der ungünstigen Zustände in Russland und infolge ihrer Überlastung wahrscheinlich vollständig ungenügend sein wird. Der Wasserweg wird an erster Stelle zu berücksichtigen sein bei der Ausfuhr von Getreide, Butter, Fischen und Eiern und von Erzen und bei der Einfuhr von Maschinen jeder Art. Es ist dabei von größtem Vorteil, daß nach denjenigen Punkten, die allein als Handelsplätze am nördlichen Eismeer in Betracht kommen, auch die größten und verhältnismäßig gut schiffbaren Ströme hinführen, der Ob und der Jenissei. Man kann also die Ausfuhrgüter von einem der Hauptmarkttore des Landes auf dem Strom nach Norden senden und dann von Flussschiffen unmittelbar in den Seedampfer umladen.

Der Ob stellt für die Schiffahrt von seinem großen Flusznetz rund 17 000 Kilometer zur Verfügung, wovon der größte Teil regelmäßig von Dampfern befahren werden kann. Der Ob selbst ohne Nebenflüsse ist auf 3708 Kilometer schiffbar, und zwar oberhalb der Einmündung des Irtysch rund 170 Tage im Jahr, weiter unterhalb ungefähr 3 Monate, und zwar meist von Ende Juni bis Anfang September. Die zweite große Wasserstraße bildet der Jenissei, von dem rund 2750 Kilometer für einen regelmäßigen Dampferverkehr benutzbar sind. Er ist ähnlich lange wie der Ob eisfrei. Die Schiffahrt auf dem Ob ist vor dem Kriege schon recht beträchtlich gewesen. Im Jahre 1909 gab es bereits 136 Dampfer und 533 andere Schiffe, darunter zahlreiche Frachtfähne von 96 Meter Länge und 1000 Tonnen Tragfähigkeit, wie sie in ähnlicher Größe auch auf der Wolga in Gebrauch sind. Der russische Staat kaufte im Jahre 1905 6 Dampfer an, die 1907 durch das nördliche Eismeer nach den Mündungen der Ströme fuhren und jetzt einen regelmäßigen Verkehr von der Mündung des Ob nach Tobolsk und von der Mündung des Jenissei nach Krasnojarsk unterhalten. Durch die Firmen Kornilows Nachfolger, die Kommandit-Aktien-Gesellschaft Oberer Irtysch und die Westsibirische Dampfboot- und Handelsgesellschaft wird ferner ein regelmäßiger Verkehr im Gebiet des Ob zwischen den Städten Tjumen, Bijsk, Semipalatinsk, Tomsk und auf dem großen Flusse Irtysch unterhalten. Auf dem Jenissei waren 1906 60 Dampfer und 160 Kähne, 1910 schon über 100 Dampfer im Betrieb. Ein regelmäßiger Dampferverkehr bestand zwischen Krasnojarsk und Minussinsk und zwischen Krasnojarsk und Jenisseisk. Während des Krieges oder kurz vorher hat auch eine niederländische Gesellschaft auf dem Ob und eine norwegische auf dem Jenissei Dampfer in Dienst gestellt.

Man hat schon seit mehreren Jahrzehnten wiederholt versucht, eine regelmäßige Handelsschiffahrt durch das Eismeer nach den Mündungen des Ob und Jenissei in Gang zu bringen, zunächst allerdings mit ziemlich geringem Erfolg, da viele abgesandte Dampfer nicht nach Sibirien gelangten. Von 1876 bis 1886 gingen insgesamt 27 Dampfer von Europa ab, von denen aber nur 12 ihr Ziel erreichten,

während die anderen mit den Meeresströmungen und Eisverhältnissen nicht fertig wurden. Die russische Regierung hatte, um die Versuche zu fördern, für alle auf dem nördlichen Seewege zur Ausfuhr kommenden Güter Zollfreiheit zugesagt. Im Jahre 1905 gelangte eine Flotte von 22 Dampfern, die der russische Staat gekauft und mit Material für den Bau des zweiten Gleises der Sibirischen Bahn beladen hatte, glücklich in den Jenissei, um in Jenisseisk ihre Ladung zu entlösen. Es handelte sich meist um kleinere Fahrzeuge, die nachher dort für den Flußverkehr verwendbar waren. Im Jahre 1911 wurde in Norwegen eine besondere Reederei Siberian Steamship Manufacturing & Trading Co. mit einem Kapital von 260 000 Kr. gegründet, die es sich zur Aufgabe machte, mit Dampfern einen regelmäßigen Verkehr mit Sibirien durch das Eismeer in Gang zu bringen und Handel mit Sibirien zu treiben. Die Dampfer sollten von Norwegen ausgehen und über einen englischen Hafen zur Mündung des Jenissei fahren. Das Kapital der Gesellschaft wurde 1913 schon auf 500 000 Kr. erhöht, und in jenem Jahre machte ein Dampfer der Gesellschaft, „Correct“, mit voller Ladung eine erfolgreiche Reise nach dem Jenissei. Im Jahre 1914 wurde die Fahrt wiederholt, woran zwei größere Dampfer teilnahmen, außerdem noch 9 Schleppdampfer und Leichter. Hierzu hatte die Gesellschaft u. a. 4 deutsche Flussdampfer für rund 500 000 Kr. und 2 Seeleichter gekauft. Die Leichter waren mit Zement und Eisenbahnmaterial, die Dampfer mit Stückgütern, hauptsächlich Maschinen, beladen. Die 4 deutschen Dampfer sind noch jetzt auf Ob und Jenissei in Betrieb; die größeren von ihnen, die zwei Maschinen von 500 PS haben, gehen 1,6 Meter und die kleineren 1,2 Meter tief. Im Jahre 1915 wiederholte die norwegische Gesellschaft ihre Expedition mit zwei größeren Dampfern, deren Ladung von Maschinen damals in Sibirien mit besonderer Freude aufgenommen wurde, weil die Zufuhr auf der Sibirischen Bahn außerordentlich mangelhaft war. 1915 wurde das Kapital der Unternehmung auf 3 727 000 Kr. erhöht und 1917 auf 8 Millionen, während in St. Petersburg eine Tochtergesellschaft mit 2 Mill. Kr. Kapital gegründet wurde. Auch 1916 konnten zwei Dampfer wieder nach den Mündungen von Ob und Jenissei gelangen. Ein 1917 ausgesandter Dampfer mußte jedoch wegen Eisschwierigkeiten umkehren. Die russische Regierung hat die Fahrten durch Einrichtung von Beobachtungsstellen und Stationen für drahlöse Telegraphie unterstützt, wodurch die Dampfer Nachrichten über die Eisverhältnisse erhalten konnten. Im Jahre 1917 ist die Unternehmung hauptsächlich wohl deshalb gescheitert, weil wegen der Revolution dieser Nachrichtendienst nicht mehr klappte. Man hatte außerdem auch die Absicht, auf den Schiffen Flugzeuge mitzunehmen, um mit diesen jederzeit einen Überblick über die Eisverhältnisse zu erlangen und einen günstigen Weg für die Schiffe finden zu können. Die Kriegsschwierigkeiten haben wohl auch die Ausführung dieses guten Gedankens verhindert.

Die norwegischen Dampferfahrten nach Sibirien haben unzweifelhaft den Beweis geliefert, daß ein Verkehr dorthin in jedem Jahre möglich ist, sofern die Unternehmung gut vorbereitet wird und der Nachrichtendienst über die Eisverhältnisse in Ordnung ist. Die norwegische Gesellschaft hat die Absicht, sobald die jetzigen Schwierigkeiten im Schiffbau aus dem Wege geräumt sind, mehrere Dampfer für den regelmäßigen Verkehr nach Sibirien bauen zu lassen, und sie wird sicherlich auch in diesem Jahre wieder Schiffe nach den Mündungen von Ob und Jenissei abgehen lassen. Es ist dringend zu wünschen, daß auch die deutschen Schiffahrtskreise diesem Verkehr nach Sibirien ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Wer nach dem Kriege dort zuerst auf dem Platze ist und mit Hilfe eigener Dampfer die Möglichkeit hat, größere Mengen Einfuhrgüter zu liefern und sibirische Erzeugnisse abzunehmen, der hat die

besten Aussichten, in Sibiriens Außenhandel eine große Rolle zu spielen. Engländer, Norweger, Schweden haben ihren Blick bereits dorthin geworfen, und in Schweden ist kürzlich die Frage der Einrichtung einer eigenen Dampferlinie dorthin in der Presse besprochen worden. Da Sibirien uns die jetzt so erwünschten landwirtschaftlichen Erzeug-

nisse liefern kann, so ist unser Schiffsraum bei einer Aus-
sendung von Dampfern dorthin ganz besonders vorteil-
haft verwendet. Es würde sich für deutsche Unternehmer
wahrscheinlich auch sehr lohnend erweisen, im Anschluß
an den Seeverkehr mit deutschen Dampfern regelmäßige
Flußdampferlinien auf Ob und Jenissei einzurichten.

Neue Möglichkeiten im Osten oder Der Landweg nach Indien.

Von A. Bühler, Tarutino (Bessarabien).

Unterdrückte Völkerstaaten zu befreien ist eine edle Großtat, sie will aber auch verstanden sein. Die militärische Unterstützung, die Deutschland denjenigen Sonderstaaten angeleiht, welche sich nach dem Zusammenbruch des großen russischen Kolosse gebildet haben, müßte in ganz anderer Weise durch gemeinverständliche Leitmotive erweitert und dadurch der Allgemeinheit des deutschen Volkes verständlich gemacht werden. Von gewisser Seite wird unser Vorgehen im Osten angegriffen, während doch klar ist, daß gerade von dorther das siegreiche deutsche Volk in nächster Zukunft seine Rohstoffe und Lebensmittel, unabhängig von Englands Gnaden, erhalten kann und wird.

Im folgenden soll deshalb kurz davon gehandelt werden, wie wir unabhängig von unseren Feinden unsern Platz an der Sonne behaupten — noch mehr: eine große, erfolgreiche Zukunft uns sichern können.

Gleich uns verurteilten einst auch unsere Feinde das Zarenregiment. Durch unsere unvergleichlichen Siege sind die ost- und südosteuropäischen Völker von dieser Zwangsherrschaft befreit. Diese von uns ausgeführte Ruhmestat wird weltgeschichtliche Anerkennung finden und die befreiten Völker uns zu Dank verpflichten, doch unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt, die öffentliche Meinung, die Presse dieser Länder an Ort und Stelle von dort eingelebten Männern in unserem und des betreffenden Volkes Interesse umzubilden, und daß wir diese nicht, wie es jetzt wieder in Russland geschieht, zu unserem größten Schaden unseren Feinden überlassen. Es ist eine traurige Tatsache, daß unsere Siege nicht durch die Presse ausgenützt werden. Die Folge ist, daß niemand ordentlich an sie glaubt. Ja, Engländer und Franzosen sollten solche Erfolge haben!

Dass die entvölkerten und unter deutschen Schutz gestellten Ostseeprovinzen, und nicht nur die allein, von vertriebenen Stammesbrüdern besiedelt und dadurch gehoben und mit dem Vaterland fest verbunden werden können, ist klar und muß sofort in Angriff genommen werden. Das Land ist da, und unsere entrichteten Brüder warten auf den Ruf, es zu besiedeln. Nur müssen die ersten sehr wohlwollend behandelt werden, dann folgen die andern willig nach. Um nicht das Gegenteil zu erreichen, weise die Regierung das Land an und unterstütze die führenden Männer der Uebersiedler.

Eine andere wertvolle Frage ist die: Wie können wir die leichtverderblichen Lebensmittel wie Eier, Fleisch, Butter, Käse und dergleichen, die in Sibirien noch immer in großen Mengen vorhanden sind, erhalten? Hier müßten auf Jahre hinaus vom russischen Staat konzessionierte deutsche Einkaufs-, Kühl- und Lagerhäuser und Transportgesellschaften sich gründen und die Sache energisch in die Hand nehmen. Aber nur nicht die Z. E. G. Die deutsche Nachstellung wäre dazu rasch auszunützen, wenn nicht andere Völker für sich jene Vorräte und die zukünftige Ausfuhr sichern sollen. Nur durch eine solche Konzession ist es möglich, die für uns so notwendigen Lebensmittel zu sichern, wodurch dann auch für die Zukunft jegliche Konkurrenz ausgeschaltet bleibt. Wollen wir damit warten, bis wir die schönen Erzeugnisse Sibiriens durch Dänen oder gar Amerikaner geliefert bekommen?

Nun das Deutschtum in Polen. Hier muß Deutschland, um seine Söhne vor der polnischen Unterdrückung zu schützen, mit seinem Prinzip, sich der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten zu enthalten, ausnahmsweise brechen, denn es gilt den Schutz von über 500000 deutschen Stammesgenossen. Sehr wichtig wäre die Einrichtung von unter deutscher Leitung stehenden Schulen, sowie die Unterstützung echt deutsch gesinnter Pastoren. Ein Wint für unsere künftigen deutschen Auslandsvertreter. Sie sollten sich mehr Zeit nehmen, die Klagen der Deutschen entgegenzunehmen. Des deutschen Volkes Größe und seinen Siegen entsprechend soll das Auftreten der deutschen Auslandbeamten sein.

Nun Wolhynien: Hier erhebe der deutsche Staat gegen die an unschuldigen Deutschen vollzogenen Schandtaten eine laute Anklage! Durch Wort und Bild mache man diese Greuel der ganzen Welt bekannt. Für die armen am Leben Gebliebenen muß volle Entschädigung für alle Einbußen, die sie erlitten haben, gefordert werden. Das sind wir der Gerechtigkeit, unsren Brüdern und uns selbst schuldig. Wieviel Lügen und Schauermärchen werden über uns in der ganzen Welt stets an die große Lügenglocke gehängt, während wir uns alles stillschweigend gefallen lassen! Nur dadurch sind wir der Prügelknabe und „die Barbaren“ der Welt. Das Gegenteil könnten wir leicht beweisen, und den Verleumdungen wäre die Spitze abgebrochen. Die ungerechte Behandlung unserer Brüder darf nicht ungesühnt bleiben. Wo in der Welt Deutsche geschädigt werden, wird Deutschland geschädigt. Das Ansehen Deutschlands in der Welt leidet sonst, und ebenso kann das Vertrauen seiner Kinder zum Mutterlande verloren gehen. Denn welcher Deutsche wird mit seinen Kindern und seinem Vermögen in der Welt als Deutscher auf Vorposten verbleiben, wenn zur Zeit der Not das Vaterland ihn nicht schützt und an Deutschen begangenes Unrecht ungesühnt und unverzogen bleibt. Das vergossene Bruderblut und die dadurch errungenen Welt siegen müssen auch ausgenützt und zur Geltung gebracht werden. So müssen auch die 275000 Deutschen, die einst die wolhynischen Sumpfe und Wälder urbar machten, dort verbleiben können. Deutsche Schule und in Deutschland vorgebildete Lehrer und Pastoren stärken und erhalten das Deutschtum hier, und — was von großer zukünftiger Bedeutung ist — der Weg zum Schwarzen Meer führt durch dieses deutsche Siedlungsgebiet. Gestärkt kann es noch werden durch unsere Wolgadeutschen. Müssen wir als Sieger uns trotzdem von allen Völkern noch immer an die Wand drücken lassen? Was würde hier England und Frankreich tun, wenn es wie wir solch siegreiche Heere hinter sich hätte?

In dem an Wolhynien angrenzenden Kijiw, desgleichen auch in Podolien läßt sich durch Neuansiedlungen noch das hier rund 40000 Seelen zählende Deutschtum vermehren.

Nun folgt Bessarabien am Schwarzen Meer und an der Donau mündung. Auf dieses Gebiet wollte die Ukraine ursprünglich Verzicht leisten, auch Rumänien kann ebensowenig mit Recht darauf Anspruch erheben. Gelingt es doch noch, die Selbständigkeit Bessarabiens mit angrenzenden Teilen von Cherson bei der Reichsregierung

zu erlangen, so kann durch geeignete Verträge die Selbständigkeit dieser Provinz im Interesse des Vaterlandes und der Kolonisten erhalten werden. Zur rationellen Ausnützung fehlt dann nur noch der schon vom ehemaligen russischen Kriegsministerium bereits geplante Hafen- und Eisenbahnbau, der die deutschen Kolonien untereinander verbindet. (Jetzt während der Kriegszeit zum Teil schon ausgeführt.) Allerdings ist der mittlere Teil Bessarabiens der Hauptfache nach von Moldauern, der Norden aber von Ukrainern bewohnt. Kämen aber auch rein moldauische Gebiete an Rumänien, wofür uns natürlich entsprechende Vorteile zu gewähren wären, so würde dies dem Deutschtum auch nicht schaden.

Weiter am Schwarzen Meer Cherson mit einigen bereits stark mit Deutschen durchsetzten Kreisen, so Odessa bis 70 Prozent, Tiraspol und Annanjew 30–35 Prozent. Gestattet man hier wie im angrenzenden Bessarabien den Deutschen, von den noch nicht fest eingelebten russischen Edelleuten Land nach Bedarf anzu kaufen, so bildet sich mit Südbessarabien ein genügend großes und starkes Gebiet, um sich auch, natürlich unter deutschem Schutz, in Zukunft zu erhalten. Auf der Karte ist leicht festzustellen, was dieser deutsche Vorposten und germanische Keil für eine wertvolle Zukunft hat. Schon jetzt befinden sich in Bessarabien und Cherson 265000 deutsche Kolonisten. Durch Zuzug lässt sich diese Zahl leicht vergrößern. Die von den deutschen Großgrundbesitzern abhängigen russischen Landarbeiter würden auch weiter als gute Arbeitskräfte im Lande verbleiben.

Alles von Taurien Gesagte gilt auch zum größten Teil für Katerinoslaw und das südliche Donezgebiet. In diesen drei Gebieten leben über 300000 deutsche Kolonisten und bilden mit ihrem großen Landbesitz die Kornkammer am Schwarzen Meer; schon deshalb müssen sie im allerengsten Anschluss an Deutschland erhalten werden.

Ehe wir weiter die deutsche Landbrücke verfolgen, sei hier etwas von Bedeutung eingeschaltet: Politik allein wird nie imstande sein, eine von Großmoskowien getrennte Ukraine auf die Dauer zu erhalten. Eine dauernde deutsche Militärverwaltung ist ebenso unmöglich. Was nun? Es muss ein Weg zu den deutschen Kolonisten gebahnt werden, um diese für das Deutsche Reich selbständig zu erhalten. Beides klingt unseren Ohren fremd. Aber es ist möglich, und zwar kommt uns die noch immer zu wenig beachtete Stundistenbewegung zu Hilfe. Wolhynien, Kijiw, Charkiw, Cherson, Taurien und Katerinoslaw sind in diese Bewegung eingegriffen. Durch den deutschen Baptismus ist sie entstanden und hat trotz aller Verfolgung Millionen ergriffen. Wurden auch Tausende verbannt, die Bewegung nahm zu. Die Pöpen hetzten und schürten, ja sie behaupteten, Deutschland stehe dahinter, und da sie mit all ihrem Lügen und Hetzen den Zerfall der Kirche nicht aufhalten konnten, taten sie das ihrige, um die Haupturheber des Krieges zum Kriege zu hetzen. Auf diese Weise glaubten sie die erschütterte Kirche zu festigen. Sie hatten sich bitter getäuscht. Die sogenannte Stundistenbewegung ist ohne Verzug auszubauen und muss von Deutschen aus organisiert werden. Kreise, die schon früher darin gearbeitet haben, sind heranzuziehen. Politik ist zu vermeiden, da man die Stundisten für evangelisch und deshalb selbst schon für deutsch hält, und durch Annahme dieser evangelischen Lehre die Leute ohne weiteres deutsch empfinden. Die evangelische Bewegung tritt in der Folge das Erbe der orthodoxen Kirche an. In nicht langer Zeit sind Millionen ganz unbewusst unter deutschem Einfluss. Eine große Arbeit. Dort glaubt man, Deutschland kann alles. Es kann auch. Es muss aber auch nach der einen oder anderen Richtung etwas geschehen. Die Kolonisten haben unsere Truppen mit Glockengeläute und mit offenen Armen empfangen. Verlassen unsere Truppen das Land, stürzt sich alle zurückgehaltene Wut auf die Deutschen. Es sei denn, daß sie

einige Stunden früher auswanderten. Das ist unmöglich. — Entweder wird die deutsche Verbindungsbrücke nach dort ausgebaut und man begreift, daß, wo deutsch gesprochen wird, Deutschland ist; oder alles ist verloren. Nach Deutschland umsiedeln können diese wohlhabenden, kinderreichen Familien nicht. Der nationale Umschlag bleibt auch in der Ukraine nicht aus, und unser Bruderstamm geht in der Ukraine dem Deutschtum, da er sich nur schwer halten kann, verloren. Oder aber: ein großer Teil wandert zu seinen Verwandten nach Amerika, Kanada oder Australien aus, und dort werden sie Amerikaner oder Kanadier und dienen dann, wie ihre Verwandten zum Teil jetzt schon, zur Stärkung unserer Feinde (als Leiter der großen Kriegsunternehmungen fungieren Deutsche). Dieses mußte eingeschaltet werden, und nun verfolgen wir weiter unsern Weg nach Osten. Kaukasien, das noch nie eng mit dem Zarenreich verschmolzen war und dessen Bewohner meistens aus selbständigen Naturvölkern bestehen. Ein Land von unermesslichen, zum Teil noch unerforschten Naturreichtümern. Ein reiches Betätigungsfeld für alle Berufsklassen, Diplomaten nicht ausgeschlossen. 60000 deutsche Kolonisten wohnen durch das ganze Land zerstreut. Von Großmoskau kann Kaukasien nicht nochmals unterjocht werden. Die Engländer aber, die uns hier (nahe am Ziel) den Weg nach Indien abzuschneiden suchen, müssen rechtzeitig verdrängt werden. Die selbständig gewordenen Staaten müssen von Deutschland erhalten und gefördert werden. Eine zweentsprechende Politik mit der Türkei ist der dort lebenden Moslems wegen erforderlich. Wird die feindliche Propaganda bei den Armeniern unterbunden, ist auch diese Frage nicht schwer zu lösen. Wertvoll für uns sind die Georgier. Diese haben bei der Eroberung durch die Russen Unzählbares gelitten. Von ihnen wurden viele niedergemacht, andere zu Tausenden lebendig ins Meer getrieben. Dies ist noch in aller Gedächtnis. Durch unsere Unterstützung, Beratung und Mithilfe beim Aufbau ihrer Staatengesänge machen wir uns ganz Kaukasien zum Freund. Feinde Russlands sind die kaukasischen Völker mit ganz geringer Ausnahme, und Freunde, so weit wie deren Geld und Propaganda reicht. Recht wertvoll ist uns aber außerdem der Kaukasus durch seine Berg- und Bodenschätze und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Wein, Tabak, Seide, Wolle und Baumwolle, Holz, Zement, Kupfer, Naphtha, Gel und vieles andere. Jenseits des Kaspischen Meeres hat sich die für uns so wertvolle Republik Tschetscha gebildet. Diese Staatsbildung ist mit allen unseren Machtmitteln zu unterstützen. Nicht grundlos verwehrte Russland nach der Einverleibung dieser Gebietsteile den deutschen Kolonisten hier die Ansiedlung. Es fürchtete, daß sich der schon bis zur persischen Grenze reichende und das Schwarze Meer umspannende deutsche Einfluß hier, und zwar bis nach Indien, fortsetzen würde. Hier ist das zukünftige Baumwollennland Deutschlands! Politisch an China, Indien, Afghanistan und Persien grenzend, spielt es eine Weltrolle. Der hier noch fehlende, von Russland und England abgewehrte deutsche Einfluß (englische Zeitungen weisen jetzt auf die große deutsche Gefahr für Indien hin und ersuchen ihre Regierung um Abwehr) muß im Interesse Deutschlands ein- und durchgeführt werden. Rasches Egreifen der Gelegenheit ist notwendig, an Kapital fehlt es auch nicht. Es handelt sich aber allen Ernstes darum, uns das zu suchen, was uns die ganze feindliche Welt vorerhalten will: das Rohmaterial. Daß die Gelegenheit für Deutschland günstig ist, erkennt England und tut alles mögliche, um unsere Landbrücke, auf der 1,5 Millionen deutscher Pioniere leben, zu zerstören. Tun wir daher auch alles mögliche, um uns für die Zukunft die nötigen Rohmaterialien zu sichern! Gleichzeitig treffen wir unsern Todfeind an seiner schwächsten Stelle! Der vorhandene Eisenbahn- und Schiffahrtsweg ist selbstverständlich auszubauen. War es den Engländern in der Kriegszeit möglich, eine Bahn

von Kairo nach Jerusalem zu bauen, so müssen wir in entgegengesetzter Richtung auch noch mehr scheinbar Unmögliches tun. Oder wollen wir warten, bis englischer Unternehmergeist die Bahn von Jerusalem nach Bagdad bzw. nach Baku usw. weiterführt und dann früher nach Turkestan über den Kaukasus kommt als wir?

Das auf unsere Hilfe wartende Persien ist gleichfalls zu unterstützen, auch ein für uns günstiges Eisenbahnnetz ist anzulegen, und zwar müssen wir England darin zuvorkommen. Auswärtige Hilfe unterhält diese Staaten. Wenn nicht wir diese Hilfe bringen, wird es zu unserem Schaden England tun. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! —

Schreiben wir Sieger das Selbstbestimmungsrecht der ost- und südosteuropäischen Völker mit einem gut passenden Leitwort auf unsere Siegesfahne; dadurch schaffen wir uns die mit uns eng verbundenen oder gar unter unserer Schutzherrschaft stehenden Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer zu freunden. Weise Diplomatie, Industrie, Kapital und Kaufmannsstand finden und bereiten sich durch rasches Eingreifen ein großes und erfolgreiches Betätigungsgebiet. Wir kommen zu Rohstoffen und haben als glänzende Zugabe noch den Weg nach Indien frei. Die Orient- oder Dardanellenfrage ist dann kein politischer Zankapfel mehr, da ein großer wichtiger Teil der Welt auf diese Weise unter deutschem Einfluss steht. Günstig wie nie zuvor ist die Gelegenheit, den deutschen Landweg jetzt auszubauen. Und statt zu sagen „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“, muß es heißen: „Unsere Zukunft liegt im Osten“.

Über 4000 deutsche Siedlungen, angefangen von der deutschen Ostgrenze, durch Wolhynien, dann am Schwarzen Meer entlang bis zur persischen Grenze, zeigen klar und deutlich den Weg, den Germania mit festem Boden unter den Füßen in Zukunft zu gehen hat. Dieser seit 100 Jahren erreichte Vorteil darf nie wieder in Frage gestellt werden. Wie wertvoll dieser deutsche Weg ist, sieht man daraus, daß England heute mehr denn je die Vollendung dieses deutschen Südostweges fürchtet. Wieweit die Furcht Englands unbegründet ist, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß man in deutschen einschlägigen Kreisen von einem geplanten Landwege immer noch nichts wissen will. Daraus können wir die Konsequenz ziehen, daß unsere Gegner uns für klüger und weitsichtiger halten, als wir es wirklich sind. Wohl mancher Kirchturmspolitiker wird die vorliegenden Ausführungen mit einem überlegenen Lächeln beiseite legen, „Unsinn!“ „Utopie!“ wird er sagen und bedenklich seinen alten Zopf schütteln. Wir haben eben immer noch des guten alten Michels Zippelmüze bis über die Ohren sitzen. Heil dem, der imstande sein wird, sie uns vom Kopfe zu reißen!

Handfeste deutsche Tatkraft im Verein mit unserer Macht ist wohl imstande, das große Werk, von dem unser Wohlstand, ja unsere ganze Zukunft abhängt, in Gang zu bringen.

Wir geben diese Ausführungen eines angesehenen gut vaterländisch gesinnten bekarabischen Deutschen wieder, ohne in allen Teilen den Standpunkt dieser Ausführungen zu teilen.

Die Schriftleitung.

Von unbekannten Huzulenvölkchen.

Von Dr. phil. et ing. Eugen Meller, Wien.

(Nachdruck verboten.)

Bekanntlich wogte ein heißer Kampf an der galizisch-bukowinischen Grenze, im unwirtlichen Lande der sogen. Huzulen. Namentlich die Ortschaften: Dolatyn, Mlukicyn, Tatarow und Morochta dürften wohl nur bei Karpathenwanderern besondere Vorstellungen und Bilder erwecken, denn außer ihren landschaftlichen Sehenswürdigkeiten haben die sonst armeligen, weltvergessenen Orte nichts Besonderes zu bieten. Dagegen sind sie zu Friedenszeiten beliebte Sommerfrischen, die jeden Sommer einige tausend Gäste beherbergen. Noch größer wird die Zahl der Durchreisenden sein, die von hier aus den Chomiaf und den Synta — beide über 1500 Meter hoch — oder die berühmte Czernogora, deren höchster Gipfel bis zu 2058 Meter emporsteigt, besuchen. Morochta vor allem, das am Fuße des Passes von Delatyn und Jablonica und an der Kreuzung mehrerer Gebirgszüge liegt, hat sich in den letzten Jahren als Kur- und Wanderstation einen bekannten Namen gemacht. Auch als Ausgangspunkt für Skitouren ins hohe Gebirge ist es mehr und mehr aufgekommen.

Die „Czernogora“ ist zwar der höchste, aber nicht der lohnendste Gebirgszug in den sogen. Ostbeskiden. Die Aussicht, die sie gewährt, kommt derjenigen der Gorgany oder der Almarmaroser Karpaten nicht gleich. Ihr Rücken, von der „Howerla“ bis zur Quelle des Czeremosz, bildet die Wasserscheide zwischen Theiß, Pruth und dem Gebirgsfluß Czeremosz und zugleich die politische Grenze zwischen Galizien und Ungarn. Diese hat jedoch keinen Einfluß auf die ethnographischen Verhältnisse. Denn sowohl die galizische, als auch die ungarische Seite ist von Huzulen und Juden gleichermassen bewohnt. Beide haben hier ihr eigentliches Wohngebiet. Beide wohnen bunt durcheinander gewürfelt und huldigen der gleichen Lebensweise. Juden und Huzulen führen hier ein ziemlich freies Nomadenleben auf den galizisch-bukowinischen Almen. Den Ackerbau kennen sie nicht. Sie treiben Viehzucht, fällen Holz und flößen es auf den zahlreichen Wasserläufen.

Die Huzulen, die den Juden an Zahl weit überlegen sind, gehören zu den eigenartigsten Volksstämmen der österreichisch-ungarischen Monarchie, wenn nicht ganz Europas. Ihr Hauptort ist das Dorf-Städtchen Zabie, das einige Kilometer ostwärts von Morochta gelegen ist. Dieses darf sich rühmen, territorial die größte und außerdem die volksreichste Gemeinde Österreichs zu sein. Sie erstreckt sich auf ein Gebiet von über 600 Quadratkilometer und hat eine Bevölkerung von über 7000 Einwohnern. Allerdings sind die einzelnen Häuser oft Kilometerweit voneinander entfernt. Sie schließen sich somit nicht zu einer geschlossenen dörflichen Einheit zusammen. Die Gemeindebehörden, das Landesspital und das Waisenhaus liegen in der nördlichsten Ansiedlung Słupejfa. Der Ort wird viel besucht, nicht nur wegen der zahlreichen landschaftlichen Reize, die er aufweist, sondern wegen seiner eigenartigen Bewohner.

Dieser eigenartige Volksstamm gehört der ukrainischen Nation an. Er wohnt auch in den angrenzenden Gebieten Ungarns und der westlichen Bukowina, in letzterer Zeit sogar in der berühmten „Dreiländerecke“. Wegen ihres nomadenhaften Lebens und der weit auseinanderliegenden Siedlungen sind die Huzulen von den Segnungen der Kirche und Schule fast unberührt geblieben. Seit etwa einem halben Jahrhundert hat eine allgemeine Verarmung überhand genommen. Ihr Grundbesitz sowie der größte Teil ihres Viehbestandes ist vorwiegend in die Hände der Juden übergegangen. Man begegnet diesen deshalb nicht nur in den Dörfern und Städten, sondern auch auf den einsamen Alpweiden, wo sie in runden Scheitelfäppchen und langen Kaftans das Vieh, ihr einziges Vermögen, sorgsam hüten...

Die Huzulentracht ist überaus malerisch. In ihr herrscht die scharlachrote Farbe vor. Die Hemden und weißen, ärmellosen Pelzjacken, die sogen. „Serdaks“ (Herzwams), sind mit sonderbaren, byzantinisch-orientalisch an-

mutenden, echt volkstümlich-ukrainisch-stilisierten Stickerien verziert. Die eingeborene, typische Volkskunst verrät sich auch in reizvollen Schnitzereien und Metallarbeiten. Seltsam berührt es, daß hier auch Frauen und Mädchen leidenschaftlich dem Pfeifenrauchen huldigen. Die Huzulen reiten vorzüglich; ihre Pferde, diese kleinen, struppigen, beharrlich-zähen Tiere, heißen ebenfalls „Huzulen“. Am besten kann man das sonst so friedliebende, harmlose Völkchen an seinem bedeutendsten kirchlichen Feiertag, der am 28. August jedes Jahres in ihrer „Hauptstadt“ Zabie

abgehalten wird, kennen lernen. Die bedenklichste Erscheinung des huzulitischen Lebens ist der freie Verkehr zwischen den Geschlechtern. Es kommen sogar „Geschwisterchen“ vor und ferner bewirken die zahlreichen Geschlechtskrankheiten und besonders infektiöse Hauterscheinungen einen beständigen Rückgang der ohnehin schon so verschwindend kleinen Volkszahl, ja sogar eine physische Entartung einzelner, für den Folkloristen, Anthropologen und sonstigen forscher hochinteressanten Individuen.



Mitteilungen.

Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft.

Nach Beendigung des Krieges wird die Deckung des Bedarfes an menschlichen und tierischen Arbeitskräften der Landwirtschaft noch größere Sorge wie bisher bereiten. Menschen und Tiere sind für Kriegszwecke herangezogen worden, und ihr Ertrag wird vor Jahren kaum möglich sein. Auch sind die Arbeitslöhne und Futterkosten derartig in Preise gestiegen, daß die Menschen- und Gespannarbeit viel zu teuer geworden ist. Um eine Ersparung wird hier unbedingt gedacht werden müssen, und es liegt nahe, hier wieder an die Elektrizität zu denken. Weit mehr als bisher muß sie der Landwirtschaft helfen. Die Vorteile, die sie dem landwirtschaftlichen Betriebe bietet, sind genügend bekannt, und es sollen hier nur einige Anregungen gegeben werden, die durch eine erweiterte Anwendung des elektrischen Kraftbetriebes zur Einschränkung der menschlichen und tierischen Arbeitskraft beitragen können.

Wenn wir zunächst den Arbeitsvorgang in den Scheunen und Speichern eines größeren mit elektrischer Kraft versehenen Betriebes betrachten, so finden wir eine große Zahl von Elektromotoren installiert, die vermittelst Riemens landwirtschaftliche Maschinen aller Art, wie Schrotmühlen, Reinigungsmaschinen, Häckselmaschinen, Rübenschneider, Oelzuckerbrecher usw. antreiben. Sowohl Arbeitsmaschine wie Elektromotor sind im allgemeinen mit dem Fußboden oder dem Gebäude fest verbunden und daher unbeweglich. Nur in ganz vereinzelten Fällen ist der Elektromotor mobil gemacht, um im Bedarfsfalle von einer zur anderen Arbeitsmaschine zur Verrichtung von Arbeit getragen oder gefahren zu werden. Die ursprüngliche Veranlassung, die zur Verwendung desselben Elektromotors an mehreren Arbeitsstellen führte, war die Ersparung an Anlagekapital bei Beschaffung der elektrischen Anlage. Der Arbeitsvorgangwickelt sich nun in der Weise ab, daß das Arbeitsgut, bestehend aus einem Haufen Getreide, Stroh, Rüben oder sonst dergleichen, der oft weit von ihm aufgestellten Arbeitsmaschine zugeführt und nach der Verarbeitung wieder entfernt werden muß. Für einen derartigen Transport wird viel menschliche Arbeit aufgewendet, die durch die Umkehrung des Arbeitsvorganges, d. h. durch die Zuführung der Arbeitsmaschine zum Arbeitsgut zum guten Teil gespart werden kann. Dies bedingt natürlich die Mobilisierung der landwirtschaftlichen Maschine. Hierzu ist es unbedingt erforderlich, daß der Elektromotor entweder tragbar oder fahrbär sein muß, es muß nun aber auch der Maschine selbst eine leichte Form der Transportfähigkeit gegeben werden.

Eine noch weitere erhebliche Ersparnis an Arbeitskraft wäre natürlich zu erzielen, wenn Elektromotor und Maschine zusammen vereint und die so zusammengebaute Maschine dem Arbeitsgut zur Ausführung der erforderlichen Arbeit zugeführt würde.

Ein solcher Zusammenbau läßt sich mit den heute in den Handel gebrachten Apparaten und Maschinen leicht herstellen. Voraussetzung hierfür ist, daß das elektrische Verteilungsleitungsnetz für den Anschluß solcher Einzelantriebe entsprechend verlegt ist, zu welchem Zweck der Disposition gerade dieses Neches in Zukunft mehr Beachtung als bisher geschenkt werden muß. An allen von dem Landwirt benötigten Stellen werden im Netz Anschlußstellen vorzusehen sein, die es ermöglichen, die elektrisch betriebene, mit einem Anschlußkabel versehene landwirtschaftliche Arbeitsmaschine durch eine einfache Einstöpfelung sofort in Betrieb zu setzen.

Eine andere sehr bedeutsame Arbeitersparnis würde für die Landwirte zu erreichen sein, wenn diese sich dazu entschließen würden, nach dem von der Industrie seit lange gegebenen Beispiel mehr als bisher elektrisch betriebene Hebezeuge aller Art in ihren Betrieben zu verwenden. Die Ernte, welche die Hochsaison der Landwirtschaft ist, könnte mit weit weniger menschlicher Arbeit geborgen werden, wenn zum Fördern von Getreide, Stroh und Hen in Scheunen, Heuböden oder Mieten elektrisch betriebene Fuderanfüge, Höhentransportore oder Elevatoren verwendet würden. Gut durchdachte Konstruktionen sind von Maschinenfabriken in den Handel gebracht worden und können mit nicht zu hohen Kosten angekauft werden. Es würde ferner im wohlverstandenen Interesse des Landwirtes liegen, daß in allen Speichern, Lagerräumen, Kellern usw. elektrisch betriebene Winden oder Aufzüge vorhanden sind, die Arbeitskräfte zum Auf- und Abladen von Säcken und Lasten anderer Art soweit wie irgend möglich ersetzen.

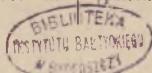
Der Mangel an Arbeitstieren wird sich in erster Linie bei dem Gütertransport im Großgrundbesitz bemerkbar machen. Selbstverständlich wird dabei in erster Linie der Laufkraftwagen Verwendung finden, aber es wird von Fall zu Fall doch auch zu erwägen sein, ob sich nicht für den Transport nach der nächsten Eisenbahnstation die Anlage von elektrisch betriebenen Feldseilbahnen empfiehlt. Sollte bereits eine mit Pferden betriebene schmalspurige Feldbahn vorhanden sein, so müßte diese für elektrischen Betrieb eingerichtet werden.

Größere Güter, die in der glücklichen Lage sind, Anschlußgleise an Staats- oder Kleinbahnen zu besitzen, brauchen zum Verholen der Eisenbahnwagen Arbeitskräfte in größerer Anzahl. Hier kann der Landwirtschaft die elektrische Spillwinde warm empfohlen werden, die eine ausgedehnte Verwendung auf den Fabrikhöfen der Industrie oder im Betriebe der Eisenbahnverwaltung gefunden hat. Durch eine derartige einfache elektrische Traction kann die Landwirtschaft ihre Arbeitskräfte bis auf einen Mann zur Handhabung des elektrischen Steuerschalters ersparen.

Für die Bodenbearbeitung werden sich zum Ertrag der Arbeitskräfte die Kraftpflüge noch mehr als bisher Eingang verschaffen. Für den elektrischen Seilpflug, der uns hier interessiert, wird durch geschickte Verlegung des elektrischen Leitungsnetzes erreicht werden können, daß er sich mit eigener Kraft vom Hof nach dem Felde bewegt und dadurch die für seinen Transport bisher notwendig gewesenen Gespanne fortfallen.

Sehr bedeutend kann die Ersparnis von Gespannen und Arbeitskräften sein, wenn der Landwirt es versteht, den Seilpflug auch zu anderen Arbeiten heranzuziehen. Zur Rübenerte bedarf es nur der Auswechslung der Pflugsscharen des Pflugkörpers gegen Rübenheber, und er ist zum Rübenoden verwendbar, durch Anhängen der erforderlichen Geräte an den Pflugkörper besorgt er die Arbeit des Eggens und Grubberns. Ist der Elektromotor auf dem Windenwagen mit einer Riemenübersetzung ausgerüstet, so kann er auch zum Betriebe einer großen Dreschmaschine benutzt werden. Schließlich kann seine Nutzungs möglichkeit noch weiter gesteigert werden, wenn man in das Seil zwischen Winde und Wagen Kartoffelerntemaschinen einschaltet. In diesen knappen Ausführungen ist gezeigt, auf welchem Wege die Elektrifizierung der Landwirtschaft forschreiten muß, wenn sie der wichtigen Forderung auf Ersparnis an menschlichen und tierischen Arbeitskräften entsprechen will.

F. C.



Republik in keinem Falle einschränkt. Sehr ausführliche und scharfe Bestimmungen schaffen den religiösen Eid oder Schwur vor Gericht oder überhaupt im Staate ab und übergeben die Standesamtsregister, die früher von kirchlichen Behörden geführt und verwaltet wurden, neuerdings den revolutionären Behörden. Wie vom Staate, so wird die Kirche auch von der Schule getrennt, ja, der Religionsunterricht ist in den Schulen nicht nur nicht obligatorisch, sondern sogar ausdrücklich verboten, was ebenso auf die staatlichen, wie auf die öffentlichen oder privaten Lehranstalten zutrifft. Freilich darf sich jeder russische Bürger privat Religionsunterricht erteilen lassen.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Bestimmungen mit besonders angenehmen Gefühlen von der Masse der russischen Bevölkerung hingenommen werden sollten. Ist auch der Russ im Durchschnitt der ganzen Struktur seiner Persönlichkeit nach Anarchist und nihilist, und hat er im Laufe der letzten 1½ Jahre auch bewiesen, wie stark dieser Zug seines Wesens ist, so ist doch kaum anzunehmen, daß er ebenso leicht seine kirchlichen Gebräuche verraten wird, wie er den Zaren und Monarchismus verriet. Der Russ ist bis in das Mark seiner Knochen hinein weniger fromm und gläubig, als abergläubisch, und die Kirche bedeutet ihm daher in gewissem Sinne einen Tummelplatz seines düsteren kulturolosen Aberglaubens, auf den er nicht ohne weiteres verzichten dürfte. Beim „schlauen“ Russen aber wird die Trennung von Staat und Kirche und die Aufhebung religiöser Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu ungezählten Unzuträglichkeiten führen. Um nur ein Beispiel zu nennen, werden sich wohl Zeugenaussagen vor Gericht in Zukunft drastisch genug gestalten; denn vom Eid entbunden, werden die Zeugenaussagen wohl in den seltenen Fällen wahrheitsgemäß gemacht werden; seit die Drohung der Kirche und des Papstes fehlt, wird beim ethischen und moralischen Mangel im Charakter des Russen ohne Frage die Lüge legalisiert werden.

Laut einem neuen russischen Gesetz unterstehen alle kirchlichen und religiösen Gemeinschaften jenen allgemeinen Bestimmungen, die das Verhältnis von Privatgesellschaften und Verbänden ordnen, und werden, wie schon ausgeführt, in keiner Weise durch Vorrechte oder Hilfsgelder unterstützt — weder von den Zentralbehörden des Staates, noch von örtlich autonomen und selbstverwaltenden lokalen Institutionen. Das Kirchendekret bedient sich überhaupt als der gefährlichsten Waffe gegen die Kirche der Bestimmung, daß die Kirche finanziell möglichst isoliert und schlecht gestellt wird. In diesem Sinne sind zwangsmäßige Eintreibungen von Kirchenabgaben und aller Art Verpflichtungen zum Besten kirchlicher oder religiöser Gemeinschaften strengstens verboten. Keine kirchliche oder religiöse Gemeinschaft hat das absolute Recht auf Eigentum. Alles Eigentum der in Russland bestehenden kirchlichen und religiösen Gemeinschaften wird zum Volkseigentum erklärt, d. h. „nationalisiert“. Selbstverständlich trifft diese Bestimmung die einst so reiche russische Kirche oder was man früher so nannte, am schwersten; denn die russische Kirche war unermeslich reich, und dieser Reichtum war ihre größte Macht. Tausende von Klöstern in Russland verfügten über einen beweglichen und unbeweglichen Besitz, über Schätze und Latsifundien, bares Kapital und investierte Gelder, die oft ans Märchenhafte grenzten; ganz abgesehen davon, repräsentierte die Einrichtung ungezähmter Kirchen ein Vermögen in ganz unglaublicher Höhe. Das alles ist der Kirche nun entzogen, ist verschleppt und aufgeteilt, sequestriert und konfisziert, in den äußersten Fällen gar verwüstet und vernichtet. Von diesem Schlag dürfte sich die russische Kirche in Zukunft selbst im günstigsten Falle nicht so bald erholen, daß aus der chaotischen Räterepublik früh wieder ein Ordnungsstaat wird, der darauf angewiesen ist, sich auf die Macht und den Bestand der Kirche zu stützen, und ihre Wiederaufrichtung daher betreibt. Es klingt übrigens wie eine besondere Gnade der Herren Kommunisten, daß der maximalistische Staat die Gebäude und Gegenstände, die einst gottesdienstlichen Zwecken gedient haben, nach wie vor, aber nach besonderen Bestimmungen auch heute einzelnen religiösen Gemeinschaften zur kostenlosen Benutzung überlässt.

Auch die neue russische Armee der Roten Garden hat sich, wie ja wohl selbstverständlich, von der Kirche und allem Kirchlichen förmlich losgesagt. Ein ausdrücklicher Befehl des Kriegs-Volkskommisariates für Militär-Angelegenheiten, dem bekanntlich Lew Trotzki vorsteht, und der schon am 16. Januar 1918 erlassen wurde, bestimmt, daß alle Geistlichen, gleichviel welcher Konfession, die einst im Dienste der Militär-Resorts standen, zu verabschieden sind. Alle Verwaltungsorgane der einst so weitverzweigten russischen Militärgeistlichkeit der Armee und Marine werden aufgelöst. Freilich sollen die Armeekomitees, diese modernen Soldatenräte der souveränen russischen roten Armee, das Recht haben, auf Wunsch der einzelnen Armeeteile, Armeeverwaltungen, Armeefinanzien und Armeeanstalten ihre Geistlichen zu behalten, wenn ein Bedürfnis der Majorität nach religiöser Betätigung vorliegt. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß ein solches Bedürfnis heute von allzuviel Rotgardisten empfunden werden wird! Das Gehalt eines solchen geduldeten russischen Armeepriesters dürfte außerdem kaum dazu angetan sein, die Papen selbst in der Zeit dieser schweren Not zu veranlassen, dem religiösen Drange einzelner Rotgardisten entgegenzukommen. Dieses Schalt soll nämlich nicht nach dem früheren Militäretat bemessen sein, sondern ausschließlich nach den jeweiligen Bestimmungen der betreffenden Komitees willkürlich festgesetzt werden.

Jura Trubow.

Litauen. Der Abschluß der deutsch-russischen Zusatzverträge hat die Verhältnisse im nahen Osten endgültig geregelt und die neuen Randstaaten aus den Trümmern Westrusslands endgültig von Russland gelöst. Sehr viel weiter ist aber die Entwicklung der politischen Zukunftsmöglichkeit der erwähnten Randstaaten bisher noch nicht gediehen. Es

herrscht immer noch Ungewißheit darüber, in welchem Sinne sich die staatsrechtliche und staatspolitische Zukunft der neuen Länder im Osten gestalten soll. Der Krieg, der im Westen noch weiter tobt, ist mit an dieser Ungewißheit schuld; ehe nicht auch im Westen ein allgemeiner Friede die europäische Politik auf neuer Grundlage aufbaut, vermag sich nirgends ein dauernder Zustand einzubürgern. Weit mehr als für Finnland, die Ostseeprovinzen und Polen gilt das für Litauen, als für den kulturell am wenigsten entwickelten Staat, der auf keine staatspolitische Vergangenheit zurückzuschauen vermag.

Geographisch versteht man unter Litauen die ehemaligen russischen Gouvernements Kowno, Wilna, Suwalki und den nördlichsten Streifen des Gouvernements Grodno. Dieses Gebiet ist die Heimat der etwa 3 Millionen Litauer, die die Statistik heute zählt, ohne die Litauer mitzurechnen, die im polnischen Teile Litlands und in Ostpreußen ansässig sind, oder als Auswanderer in Amerika leben. Litauens politische Bedeutung dürfte wohl dahin zusammenzufassen sein, daß es seit Jahrhunderten gleichsam ein Volkwerk Westeuropas gegen Russland und die russische Gefahr darstellt. Das katholische Land ist durch drei Jahrhunderte tatsächlich der Gegenstand erbitterter Kämpfe zwischen Westeuropa, das durch Polen und Preußen verkörpert wurde, und Russland gewesen, in dessen Namen die Moskauer Zaren Anspruch auf Litauen erhoben. Der Weltkrieg hat Litauen nun, nachdem es Jahrzehnte und Jahrhunderte lang als fremdkörper Russland angehört hat, Westeuropa wiedergegeben. Hindenburgs Vormarsch nach Nordosten leitete am 27. April 1915 die Eroberung und die Befreiung Litauens ein; mit dem Fall der Festung Kowno am 18. August 1915 war das Befreiungswerk durch deutsche Helden scharen vollbracht und beendet. Seither steht Litauen unter einer provisorischen deutschen Verwaltung, die den Übergang zu einer litauischen Autonomie vorbereiten soll. Freilich ist es noch eine Frage, ob die Litauer, ein ausgesprochenes Bauernvolk mit starker Intelligenzschicht, schon heute fähig und begabt sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Im Landesrat, einer ersten staatspolitischen Institution des neuen Litauen, haben die Litauer Gelegenheit, ihre politischen Fähigkeiten zu beweisen. Erfreulich sind diese Beweise bisher nicht ausgefallen! Sitz der deutschen Verwaltung Litauens ist seit dem 20. April 1916 die ehemalige Festung Kowno.

Unter dem Druck der russischen, ihrem ganzen Wesen nach so kulturrendlichen Fremdherrschaft ist die kulturelle Entwicklung der Litauer seit drei Jahrhunderten kaum fortgeschritten. In dem ackerbau treibenden Lande lebt heute vornehmlich der Bauer ein überaus primitives Leben. Seine Ansprüche sind nicht groß; und was es in Stadt und Land an Intelligenz und Handwerk, an Geistlichkeit und Adel, überhaupt an höheren Ständen gibt, war bis vor kurzem fast ausschließlich fremden, nicht litauischen Ursprungs, oder, wenn auch litauischer Nationalität, so doch fremden Kulturen angehörend. Städte wie Wilna und Kowno haben in diesem Sinne unter anderen blühende deutsche Kolonien gekannt, die erst in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege langsam russischer und polnischer Konkurrenz weichen mußten. Dem deutschen Volkstum blüht in Litauen wohl überhaupt keine bedeutsame Zukunft; jedenfalls dürfte Litauen nicht, wie etwa Kurland, als ein eigentliches deutsches Siedlungsland in Betracht kommen. Dazu gibt es der Litauer genug, und es liegt nahe, daß ungezählte litauische Auswanderer, die seinerzeit ihre von Russland unterjochte Heimat verließen, um sich in Amerika einen neuen Wirkungskreis zu schaffen, in das befreite Litauen zurückkehren werden. Wohl aber bietet Litauen Deutschland ein ausgezeichnetes Abhängigkeitsgebiet, ebenso, wie der deutsche Handel in diesem Lande sehr große Bezugsmöglichkeiten für Rohstoffe aller Art finden wird.

Die Hauptbeschäftigung der litauischen Bevölkerung ist, wie schon angedeutet, der Ackerbau auf einem an für sich und im Durchschnitt fruchtbaren Boden. Trotzdem deckte vor dem Kriege die Ernte wohl niemals ganz den einheimischen Bedarf. Denn die ganze Wirtschaft war nicht nur wenig intensiv, sondern auffallend primitiv. Für die Zukunft eröffnen sich freilich günstigere Perspektiven, da die Natur sehr vorteilhafte Voraussetzungen liefert. Abgesehen von der Landwirtschaft, die sich hoffentlich einmal reich gestalten wird, verspricht eine geregelte Viehzucht große Erträge und viele Erfolge. Im besonderen dürfte die Wollherzeugung unter gewissen Voraussetzungen eine bedeutende werden, wenn die schon vor dem Kriege blühende Schafzucht auf neuen, erweiterten Grundlagen wieder aufgenommen wird. Obgleich nur 18 Prozent des litauischen Areals mit Wald bestanden sind, ist doch gerade der Wald einer der verheizungsvollsten Reichtümer des Landes. Die deutsche Verwaltung hat in diesem Sinne der Waldwirtschaft in Litauen ihr besonderes Interesse zugewendet, und dem deutschen Bedarf hat der litauische Wald bereits Ummengen von Holz zugeführt. Zukunftsmöglichkeiten sind Harzdestillation, Meilerkohlerei, Terpentinöl- und Kolophoniumgewinnung in größerem Maßstabe als bisher. Schon vor dem Kriege ist übrigens viel litauisches Holz nach den deutschen Ostseehäfen gegangen, und zwar auf dem Wege der Holzslößerei. Die Memel mit ihren wasserreichen Nebenflüssen bot in großem Rahmen die Möglichkeiten dazu. In Zukunft wird freilich sehr viel für die Verbesserung dieser Wasserstraßen getan werden müssen, soll sich die Flößerei auch weiter unter den veränderten handelspolitischen Umständen lohnen. Wo die Wasseradern es zulassen, wurden die Langhölzer vor dem Kriege zu kleinen Gebinden, sogenannten Tafeln, die acht bis zehn Stämme umfassen zusammengebunden; mehrere Tafeln bilden eine Platte, unterhalb Kowno wurden zwei bis vier Platten zu einer Trift vereinigt, eine solche war 125 Meter lang bei einer Breite von 18 Meter, und durchschnittlich 8—10 000 Mark, heute aber wohl schon 12 000 Mark und darüber, wert. Ungefähr 3000 solcher Triften gelangten vor dem Kriege jährlich nach Deutschland, also immerhin ein nicht unbedeutendes Wertobjekt. Die Zellstoffholzmengen

wurden in kürzeren Stücken von einigen Metern einfach ins Wasser geworfen; näherte man sich einem solchen kleinen Flusse im Frühling zur Zeit der Ueberschwemmungen, so glaubte man sich vor einem Naturwunder. Der ganze Flug, der mit wildtreibendem Naturholz ausgefüllt schien, war tatsächlich auf kilometerweite Längen mit einer dicken Holzschicht bedeckt, so daß das Wasser kaum zu sehen war. Das Holz lag so dicht beinander, daß man glaubte, wie auf einer Brücke von einem Ufer zum anderen pilgern zu können.

Gegenüber dieser Bedeutung Litauens als landwirtschaftliches und Waldland tritt das industrielle Leben natürlich sehr stark in den Hintergrund. Es hat sich lediglich im Anschluß an die einheimischen Rohstoffe entwickelt; so sind, wie Professor Wilhelm Stieda in einem Artikel über Litauen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bemerkt, Mühle, Spinnerei, Spiritusbrennerei, Bierbrauerei, Gärberie, Weberei, Töpferei und Holzbearbeitung lediglich im Anschluß an die einheimischen Rohstoffe vorhanden gewesen. Alles das jedoch in bescheidenem Umfange, ohne daß die Kräfte des Memelstromes etwa nutzbar gemacht worden wären, und ohne daß der Charakter des reinen Ackerangebietes irgendwie angetastet erschien. Der Handel läßt sich in Litauen in seiner Bedeutung nur sehr undeutlich erkennen. Ein einheitliches Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet hat es vor dem Kriege nicht gegeben. Nur Wilna wies einen recht ansehnlichen Großhandel in Holz und Pelzwaren auf, in kleinen Städten und auf dem flachen Lande ist bisher von einem solchen kaum die Rede gewesen.

R. Elve s.

Besseres Brot. Das Wort Brot hängt mit Braten zusammen und bedeutet gebackene Speise. Brot ist die Grundlage der menschlichen Ernährung, das wichtigste Nahrungsmittel für die Massen. Gegenwärtig erhält jeder Deutsche wöchentlich 1850 Gramm Brot für 97 Pf. zugeteilt. Danach stellt sich der jährliche Brotverbrauch von 60 Millionen Deutschen (ohne Einrechnung des Heeres) auf 5760 Millionen Kilogramm im Werte von rund 3000 Millionen Mark. Um seiner Bevölkerung billiges Brot zu verschaffen, bewilligte England staatliche Zuflüsse in Höhe von 800 Millionen Mark jährlich.

Man sollte meinen, daß dieses wichtige Nahrungsmittel so zweckmäßig, gut und billig als nur möglich hergestellt wird. Das kann leider noch immer nicht gesagt werden. Brot ist eine fertige Speise, läßt sich nur auf kurze Strecken versenden, weil es leicht trocken oder gefriert oder verschimmel oder ein schlechtes Ansehen erhält. Es muß in möglichster Nähe des Verbraucherkreises hergestellt werden und wird, abgesehen von einzelnen Großbetrieben, in zahllosen kleinen Bäckereien schlecht und recht gebacken. Der Staat, der fürsorglich allerlei gewerbliche Lehranstalten, unter andern selbst für die Photographie, gründete, hat es bisher leider nicht für zweckmäßig erachtet, was schon längst notwendig war: eine Lehranstalt für die Ausbildung des Müller- und Bäckerwerbes einzurichten. Bei der Bedeutung, die das Brot im Laufe des Krieges erlangt hat, sollte das Veräumte nachgeholt werden.

In einer Reihe von Flugschriften aus den Jahren 1878, 1885, 1892 und 1894 gab der österreichische Kunstmüller und Bäcker Till in Bruck an der Mur wertvolle Anregungen zu Verbesserungen im Vermahlen und Verbacken. Nach Reinigung der Roggenkörner erzielte er

durch Vermahlen 75 v. H. weisses Mehl und 12 v. H. Kleie. Um das Mehl auch aus der Kleie zu gewinnen, ließ er sie auslaugen, durcharbeiten und auf einer umlaufenden Preise das mehlhaltige Wasser von den Getreideschalen trennen. Sodann verarbeitete er das mehlige Wasser mit den 75 v. H. trockenen Mehles und erzielte im Ausmaß von 82 v. H. ein schönes weisses, saftiges Roggenbrot. In sein Verfahren scheint die Berliner Vollbrotverwertungsgesellschaft mit dem Grosschen Verfahren angeknüpft zu haben.

Neu und beachtenswert ist, was Dr. Volkmar Klopfer in Leubnitz-Neuostra bei Dresden in seiner Schrift „Die Verbesserung des Brotes durch Aufschüttung der Kleie und Verdollkommnung des Backverfahrens“ (Dresden 1918) vorschlägt. Mit gutem Grund will er die Roggenkleie, die über 60 v. H. der natürlichen Nährsalze und 40 v. H. der Eiweißstoffe des Roggenkornes enthält, in geeigneter, aufgeschlossener und verdaulicher Form dem Roggenmehl erhalten, was bisher den meisten Mühlen nicht möglich war, weil sie die Kleie nicht fein genug zertrümmern konnten. Um die restliche Kleie zu verwerten, hat Dr. Klopfer ein neues Verfahren erfunden, indem er das gereinigte Getreidekorn mit großer Geschwindigkeit gegen Prallflächen schleudert, die durch Schlitze unterbrochen sind. In den Slitzen knickt die Randschicht ab. Bei der ersten Beaufschlagung wird gewissermaßen der innere Mehlkern mit „ausgeschüttet“ und durch eine darauf folgende Sichtung mit Seidenzage abgetrennt und der weiteren Vermahlung und mechanischen Beaufschlagung entzogen. Die groben Trümmerstücke der Randschicht werden dann durch weitere 8–10 mal sich wiederholende Beaufschlagung gegen geschlitzte Prallflächen zerkleinert, und zwar so, daß nach jeder Beaufschlagung eine Sichtung durch Seidenzage erfolgt. Die noch zu groben Randschichttrümmerstücke werden durch die Sichtung abgeschieden und immer wieder durch eine darauf folgende Prallwirkung weiter zerkleinert. Die Mengen der so erhaltenen Mehle werden in der Mischmaschine vermengt und stellen dann das Vollkornmehl dar, das ungefähr 100 v. H. des gereinigten Getreidekorns enthält.

Gleichzeitig fordert Dr. Klopfer eine Verbesserung des Backverfahrens hauptsächlich durch längeres Backen und langsame Anheizung. Dann erhält man ein im Innern schön braun gefärbtes Brot von kräftigem Duft, ein nahrhafteres als das bisher übliche hellfarbige. Namentlich in Mitteldeutschland war das Roggenbrot infolge der hohen Ausmahlung des Roggenmehl unter Ausscheidung der an Nährstoffen reichen Kleie zu Futterzwecken ein schwämiges, fummelartiges Erzeugnis ohne den eigentümlichen Roggenbroduft und -geschmack geworden.

Am Roggenbrot muß man in Deutschland festhalten, weil in guten Jahren 120 Millionen Doppelzentner Roggen und 40 Millionen Doppelzentner Weizen, dessen Mehl für Kochzwecke und für Nährmittelherstellung abgeht, geerntet werden. Aus den vorhandenen Nahrungsmitteln, insbesondere aus Roggenbrotkorn, muß alles herangeholt werden, was für die bessere Ernährung und Verdauung erforderlich ist. Dazu wird man kommen, wenn man zu dem Vollkornbrot greift, wie es Dr. Klopfer in Aussicht stellt. Es ist geeignet, dem vor dem Kriege gar zu großen Fleischgenuss entgegenzuwirken und mit Hilfe von Kartoffeln und ~~Gett~~ unter Zugabe von Obst und Gemüse eine im allgemeinen billige, gesunde und ausreichende Volksernährung zu bewirken. Paul Dehn.

Bücherbesprechungen.

Georg Cleinow, Die Polenfrage vor der Entscheidung

Berlin 1918; Verlag „Die Grenzboten“ (1 M.).

Geheimrat Cleinow, einer der besten Kenner des ganzen Komplexes der Osteuropäischen, insonderheit der russischen und der polnischen Frage, rechnete bereits Ende April mit einer — durch „unsere auf Kompromiß und Verzicht gedrillten Diplomaten“ — unheilvollen Lösung der Polenfrage. Er sah es demgemäß als seine Pflicht an, seine warnende Stimme zu erheben, die polnische Gefahr in ihrer ganzen Größe aufzudecken und eine f. E. für uns heimvolle Lösung vorzuschlagen. Der knappe Raum verbietet, seine tief in das Problem eindringenden, sehr bemerkenswerten Ausführungen auch nur in gedrängtester Kürze wiederzugeben. Cleinow nennt das polnische Kind rückhaltlos offen bei Namen; er zeigt, daß die Polen, unter dem Druck der Teilungsstaaten zu einer Nation mit außerordentlich lebhaftem Nationalgefühl geworden, uns Deutsche aus triftigen Gründen hassen, wegen unserer Entschluß- und Selbstlosigkeit gering achten und, mag auch ein Grüppchen sich aus taktischen Erwägungen zeitweilig anders geben, unversöhnlich sind; er zeigt auch, daß sie, fast sämtlich russisch, panislawistisch und heute die Mehrzahl bolschewistisch orientiert, sich im Bewußtsein ihrer politischen und diplomatischen Neberlegenheit stark genug fühlen, gegen unsrer Interesse einen eigenen Staat, und zwar in seinen ehemaligen weitesten Grenzen, wiederherzustellen, d. h. die Einverleibung unserer polnisch durchgehetten Ostprovinzen zu erstreben. Die Grenzlinie, die er, um „uns jedem Angriff von Osten mit größerer Ruhe entgegenzusehen zu lassen“, zu ziehen anregt, schließt den Industriebezirk von Dombrowa, die Landstriche zwischen Weichsel und schlesischer Grenze, nordwestlich der Linie Wartknie bei Kolo bis zur Weichsel westlich Włocławek, nördlich der Weichsel und des Bug (ohne Plock und Nördlin) bis Bielsk und Pruszczyk, ferner Bialystok, Grodno und das Gouvernement Suwałki, ein im ganzen dünn bewohntes, von $1\frac{1}{2}$ Millionen Polen, 150 000 Juden und 120 000 Deutschen bewohntes, mit Deutschen aus dem übrigen Polenstaate zu besiedelndes, deutsch zu verwaltendes und allmählich zu verdentschendes Gebiet, ein. Den — unwahrscheinlichen — Fall gelegt, daß dieser Vorschlag voll und ganz Wirklichkeit wird, so wäre Neu-Polen, „ein Schutzaat des Deutschen Reichs“, nicht bloß von unsrer, auch von Polen (3½ Millionen) bewohnten Ostprovin-

zen, sondern zugleich „durch einen trennenden Keil nichtslawischer Bevölkerung“ von dem freien, selbständigen und unabhängigen Staat Litauen getrennt, den als — nach dem Wunsche der Litauer von sämtlichen Fremdstämmigen zu säuberndes — „Großlitauen zu schaffen ein großer Fehler wäre“. Daß diese Trennung Polens und Litauens nicht bloß notwendig ist, sondern auch, den festen Willen vorausgesetzt, möglich wäre, ist nicht zu verkennen und aufs dringendste zu wünschen. Damit wäre die räumliche Trennung des polnischen Staates von dem großrussischen dauernd gesichert, der von den Polen so heiß ersehnte „Korridor nach Russland“, angeblich um Europas Bollwerk gegen die Barbarei Halbasiens zu sein, tatsächlich um für alle Zukunft das Jünglein an der Wage der europäischen Politik zu bleiben, ihnen für immer verpeppt. Damit wäre ferner der großpolnische Plan einer durch die litauische „Ordnungspartei“ zu realisierenden Vereinigung Litauens mit Polen für immer vereitelt; deutsches, mit Deutschen besiedeltes Gebiet würde (nördlich des Pripet) mit der Ukraine grenzen, mit der anderenfalls Deutschland an keiner Stelle in Verbindung stände; endlich würden wir nicht bloß an der Ostgrenze des Baltikums, sondern auch hier im weißrussischen Sprachgebiet in unmittelbarem Verkehr mit Großrussland stehen. Obgleich anzunehmen ist, daß Neupolens West- und Nordgrenze sich — nach dem Willen der Mittelmächte — im ganzen mit der Kongresspolens decken, der einen Hälften der Unregung Cleinows also nicht entsprochen werden wird, so ist es doch erfreulich, daß er seinen — wenigstens in der zweiten Hälfte durchführbaren — Vorschlag auszusprechen den Mut gehabt hat. Jeder politisch interessierte, von der Wichtigkeit der richtig gelösten polnischen Frage überzeugte Deutsche sollte das dünne, an Gedanken und treffenden Bemerkungen so reiche Heft lesen und aus ihm Verständnis für die uns Deutschen mir schwer verständliche polnische Psyche schöpfen; er wird einsehen, daß Cleinow recht hat, wenn er sagt, daß den Polen kein sich für schlau haltendes Lavieren, das uns ihnen verächtlich macht, sondern nur die überlegene Kraft imponiert, und wenn er demgemäß sie vor die Unabänderlichkeit unseres Willens zu stellen, unseren militärischen Sieg voll auszunützen, und selbst die Führung der Polen fest in die Hand zu nehmen, anrät.